# Der Steinarbeiter

## Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 3 Mark. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig Gerberstr. 1 IV Viktoriahotel. Fernruf 7503

Schluß des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die dreigespaltene Kleinzeile 2 Mark. — Anzeigen werden nur bei vorheriger Einsendung der Kosten aufgenommen. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 48 — Sonnabend, den 26. November 1921 — 25. Jahrgang


## Lohnbewegungen.

**Zur Beachtung! Notizen unter dieser Rubrik werden nur dann jede Woche wiederholt, wenn der Schriftleitung bis spätestens Montag früh entsprechende Mitteilung vorliegt.**

*

**Jedes Verbandsmitglied hat bei Arbeitsangeboten nach den unten genannten Orten unter: „Sperre, Streik, Zuzug fernhalten" in jedem Fall Erkundigungen von der Ortsverwaltung der betreffenden Zahlstelle einzuholen. Wer das unterläßt und ein Arbeitsverhältnis nach diesen Orten eingeht, stellt sich außerhalb des Verbandsrahmens und kann ausgeschlossen werden.**

*

**Gesperrt:**

Betrieb von Martin Peter, **Barnhalt.** Reiner in **Augsburg-Pfersee.** In **Bremen** Grabsteingeschäft Berger und Traube, S. Riedel, Fr. Wachsmuth, Eggert, Winter und Kurth. **Naumburg** (Platz Horn). **Lahr** i. Bad. das Grabsteingeschäft von Franz und Albert Sieferle. In **Elberfeld** Fa. Engels u. Co. (Marmorarbeiter).

**Streik:**

In **Gierzhagen.** (Hier wird der in Gummersbach anerkannte Tarif von dem Arbeitgeber abgelehnt.)

**Zuzug ist fernzuhalten:**

Außer den genannten Orten unter Sperre und Streik nach **Frankfurt** a. M., **Höchst** und **Offenbach** a. M. (Grabmal- und Marmorbranche). Nach **Eberbach** und Umgebung (Baden).

**Erledigte Bewegungen.**

**Gommern.** Durch Verhandlungen mit den Unternehmern am 10. November wurden die Löhne um 20 Prozent auf die seit 8. Oktober d. J. geltenden Sätze erhöht.

**Derdingen.** Nach zweitägiger Dauer wurde der Streik mit Erfolg für die Kollegen beigelegt.

**Demitz-Thumitz.** Auf den Werksteintarif wird vom 17. bzw. 18. November und vom 8. bzw. 9. Dezember je 50 Prozent Teuerungszuschlag bezahlt, insgesamt dann 600 Prozent.

**Hamburg.** Streik beendet. Stundenlohn für Steinmetzen 14.25 M., angelernte 13.75 M., Marmorhauer 13.25 M., Schleifer 12.50 M., Hilfsarbeiter 11.75 M., Bildhauer pro Tag 118 M. **Arbeitsaufnahme erfolgte am 21. November.**

**Main-Kalksandsteingebiet:** Reistenhausen, Fechenbach, Dorfprozelten, Stadtprozelten und Faulbach. Vor dem Schlichtungsausschuß Aschaffenburg wurde vereinbart, daß sich die Stundenlöhne für nachstehende Gruppen um folgende Beträge erhöhen: für Steinmetzen ab 3. Oktober um 60 Pf., ab 1. November um 20 Pf. und ab 11. November 1921 um 60 Pf.; für Brecher und Bossierer ab 3. Oktober um 65 Pf., ab 1. November um 10 Pf. und ab 11. November 1921 um 65 Pf.; für Hilfsarbeiter und Räumer ab 3. Oktober um 55 Pf., ab 1. November um 15 Pf. und ab 11. November 1921 um 70 Pf. Somit sind die Lohnsätze ab Klingenberg bis Faulbach rechts und links des Maines ab 1. November 1921 wieder einheitlich.

Für die jugendlichen Steinarbeiter und die Lehrlinge erhöhen sich die bisherigen Stunden sowie die Tagelöhne prozentual der heutigen Regelung, das sind ab 3. Oktober 15 Prozent, ab 1. November mehr 4 Prozent und ab 11. November 1921 nochmals 13 Prozent.

Für den badisch Wertheimer Teil wurde der Schlichtungsausschuß Mosbach abermals angerufen, desgleichen für Rauenberg.

**Der Akkordtarif für Muschelkalk und Sandstein, der nur probeweise auf 3 Monate galt, ist mit 15. November zu Ende.**

**Ebelsbach, Eltmann** und Umgegend. Eine Neuregelung der Löhne fand statt; diese gelten bis 31. Dezember 1921. (Abmachung siehe unter Zahlstellenberichte.)

**Schiefergebiet Steinach und Umgebung.** Die bisherigen Akkordsätze der Griffelmacher und Schleiferinnen und sonstiger Steinarbeiter wurden um 25 Prozent, die der Former um 15 Prozent erhöht. Die jetzigen Stundenlöhne der männlichen Arbeiter erfuhren eine Erhöhung von 28 Prozent, die der Arbeiterinnen von 25 Prozent und die der Lehrlinge von 60 bis 90 Prozent. (Tarif siehe unter Zahlstellenberichte.)

**Bezirk Mayen.** In der Ton- und Trazindustrie wurden folgende Stundenlohnzuschläge vereinbart: Arbeiter über 20 Jahre vom 15. November 2 M., vom 15. Dezember bis 31. Dezember 2.50 M.; Arbeiter von 19 Jahren vom 15. November 1.50 M., vom 15. Dezember bis 31. Dezember 2 M.; Arbeiter von 18 Jahren vom 15. November 1.15 M., vom 15. Dezember bis 31. Dezember 1.50 M.; Arbeiter von 17 Jahren vom 15. November 0.90 M., vom 15. Dezember bis 31. Dezember 1.30 M.; Arbeiter von 16 Jahren vom 15. November 0.70 M., vom 15. Dezember bis 31. Dezember 1 M.

Unter 16 Jahren freie Vereinbarung.

Arbeiterinnen über 20 Jahre erhalten einen Zuschlag von 30 Prozent und Arbeiterinnen unter 20 Jahre erhalten einen Zuschlag von 25 Prozent auf die bisher gezahlten Löhne.

Lehrlinge erhalten 20 Prozent Zuschlag.

Die Lohnerhöhung der Zeitlohnarbeiter findet sinngemäße Anwendung auf die Akkordarbeit.

## Die Forderungen der Gewerkschaften.

Die auf eine Ueberleitung der Reichseisenbahn und anderer Reichsbetriebe in privatwirtschaftliche Hände hinzielenden Forderungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie sind vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts- und dem Afa-Bund mit einer programmatischen Erklärung beantwortet worden, die in zehn Punkten diejenigen Vorschläge zusammenfaßt, die seitens der Arbeiter und Angestellten der Reichsregierung für eine Wiederherstellung des inneren Haushalts des Reiches und zur Erfüllung der Wiedergutmachungsleistungen gemacht werden. Die Verbände waren durch die Erklärung der Industriellen sozusagen in Zugzwang versetzt und haben deshalb in ihrem Mindestprogramm Maßnahmen gefordert, die eigentlich schon post festum kommen und bei richtiger Anwendung schon längst das Reich vor der schlimmen Lage, in die es nunmehr geraten ist, hätten bewahren können.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschafts- und der Afa-Bund rufen alle organisierten Arbeiter und Angestellten, sowie die zentralen und örtlichen Organe der freien Gewerkschaften auf, mit allem Nachdruck für dieses Mindestprogramm einzutreten und für seine Durchführung ihre ganze organisatorische Kraft zu entfalten. Die Forderungen lauten:

1. Beteiligung des Reichs an den Sachwerten. Die Aktiengesellschaften haben 25 Prozent ihres Aktienkapitals auf das Reich zu übertragen. Die kleineren gewerblichen Unternehmungen und die Landwirtschaft sind durch eine Steuer, deren Erträgnisse der Veränderung des Geldwertes angepaßt sind, in gleicher Höhe zu belasten.
2. Sozialisierung des Kohlenbergbaus zur Erhöhung der Kreditfähigkeit des Reichs.
3. Neuordnung der Verkehrsunternehmungen mit dem Ziele, sie in kürzester Zeit wirtschaftlich zu gestalten.
4. Schärfste Erfassung der Exportdevisen durch Ausbau der Außenhandelskontrolle.
5. Beschränkung der Einfuhr auf das Lebensnotwendige.
6. Erhöhung der Ausfuhrabgaben bis zur völligen Erfassung der Valutagewinne.
7. Beschleunigte Einziehung des Reichsnotopfers.
8. Sofortige Einziehung der bisherigen Steuern, insbesondere der Einkommensteuer. Die Steuerpflichtigen müssen verpflichtet werden, den Betrag ihrer eigenen Veranlagung sofort an die Finanzämter abzuliefern. Bleibt diese Zahlung bis zu einer Grenze von 25 Prozent hinter ihrer Einkommensteuerpflicht zurück, so haben sie nach der definitiven Veranlagungsentscheidung des Finanzamts den Rest mit 5 Proz. Zinsen abzuführen. Ist die Selbstveranlagung unter diesem Betrage zurückgeblieben, so haben sie für diese Summe eine Verzinsung von 30 Prozent zu zahlen. Die Umsatzsteuer ist von den Steuerpflichtigen in monatlichen Abschlagszahlungen abzuführen.
9. Scharfe Besteuerung der durch Devisen und Effektengeschäfte erzielten Gewinne.
10. Kontrolle der privatwirtschaftlichen Monopole.

Eine schärfere Besteuerung der durch Devisen- und Effektengeschäfte erzielten Gewinne, insbesondere die Erfassung der hohen Bezugsrechte, die doch weiter nichts sind als eine neue Form der Gewinnverteilung der Aktiengesellschaften, wurde schon vor Jahr und Tag in der volkswirtschaftlichen Fachpresse gefordert, und es ist kein besonders gutes Zeichen für die Gesetzesmacher unserer Zeit, daß bis zum heutigen Tage nur Vorschläge und Entwürfe, aber keine fertigen Gesetze vorliegen. Die Unsummen, die in den Jahren 1920 und 1921 durch Börsenspekulationen verdient worden sind, werden nur teilweise nachträglich durch Einkommensteuer usw. zu erfassen sein. Das Devisengeschäft wie die Spekulation am Wertpapiermarkte haben vorläufig einen gewissen Höhepunkt überschritten. Viele Milliarden sind verdient und wohl auch schon ins Ausland verschoben worden.

Aber wie die Forderungen der freien Gewerkschaften und Afa-Bundes auf die Börsenspekulation bereits ernüchternd gewirkt hat, zeigte sich sofort, daß die Kurse der Industrie um 100 bis 500 Prozent fielen. Auch der Devisenmarkt zeigte nach Tagesnotizen sofort große Zurückhaltung.

Die sofortige Einziehung der bisherigen Steuern ist eine ganz selbstverständliche Sache. Der Arbeiter, der sich im Jahre 1920 und 1921 Monat für Monat den Zehnten von seinem Lohn abziehen ließ, zahlte seine Steuern noch in einer Papiermark, die sechs bis vier Friedenspfennige wert war, der Kapitalist, der in diesen Tagen erst erfahren hat, wieviel er dem Staate noch an Steuern schuldet, zahlt in einer Währung, deren Papiermark noch nicht einmal die Kaufkraft von zwei Friedenspfennigen hat. Er kommt also bedeutend billiger davon, als der Arbeiter, und hat außerdem den Vorteil eines Reichskredites ungefähr ein Jahr lang genossen. Wir hätten uns die augenblickliche Zuspitzung der finanziellen Lage des Reiches und die schweren sozialen Kämpfe des kommenden Winters sparen können, wenn rechtzeitig diejenigen Steuern eingezogen worden wären, die auf Grund der bisherigen Gesetze zu zahlen waren. Die Kontrolle der privatwirtschaftlichen Monopole, die beschleunigte Einziehung des Reichsnotopfers, die Erhöhung der Ausfuhrabgaben bis zur fälligen Erfassung der Valutagewinne, die schärfste Erfassung der Exportdevisen und die Beschränkung der Einfuhr auf das Lebensnotwendige sind Forderungen, über deren Selbstverständlichkeit eigentlich kein Wort zu verlieren ist.

Wenn alle Kräfte der wirtschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiter und Angestellten auf schleunigste Durchführung der Punkte vier bis zehn des Programms konzentriert würden und der Besteuerung der Bezugsrechte und Spekulationsgewinne wenigstens für das laufende Jahr rückwirkende Kraft beigelegt würde, so könnten damit derartig bedeutende Summen sofort freigemacht werden, daß die Notlage des Reichs fürs erste behoben wäre. Unsere Lage ist schlimmer als die eines kriegführenden Staates, und es darf daher vor scharfen Maßnahmen nicht zurückgeschreckt werden, sofern sich diese als notwendig und zweckmäßig erweisen.

Anderseits aber soll in der gegenwärtigen, aufs äußerste gespannten Lage, die Durchführung solcher Programmpunkte, um die sich zweifellos schärfste soziale und politische Kämpfe entspinnen werden, nur dann in Angriff genommen werden, wenn die breiten Schichten des Volkes ganz und gar von ihrer Bedeutung durchdrungen und zu ihrer Erreichung auch das äußerste zu wagen gewillt sind. Können wir das von der Sozialisierung des Kohlenbergbaues und von der Beteiligung des Reichs an den Sachwerten wirklich mit gutem Gewissen behaupten? Ist es überhaupt möglich, aus dem organisatorisch und technisch eng zusammenhängenden Gefüge der Montan-Industrie ohne Schaden für das Ganze den Kohlenbergbau herauszunehmen und zu sozialisieren? Haben wir ferner diejenigen Kräfte zur Verfügung, die bei einer Beteiligung des Reiches an den Sachwerten auch dafür sorgen können, daß diese Beteiligung nicht nur auf dem Papier steht, sondern dem Reiche auch wirklichen Nutzen bringt? Es handelt sich um mehr als 6000 Aktiengesellschaften, in deren Verwaltung das Reich seiner Beteiligung mit 25 Prozent entsprechend vertreten sein müßte. Es handelt sich dabei um sämtliche Zweige der Industrie, des Handels und des Bankwesens. Diese Fragen, die von unserem wirtschaftlichen Mitarbeiter aufgeworfen wurden, haben sich die Spitzenorganisationen der Arbeiter und Angestellten sicherlich auch vorgelegt und ihre mögliche Lösung ist die Veranlassung, daß sie im Eingangs erwähnten Mindestprogramm Aufnahme fanden.

Der Reichsverband der deutschen Industrie hat die Hand nach den Reichseisenbahnen ausgestreckt und damit, selbst vom Standpunkte des Großkapitalismus aus, sehr ungeschickt operiert. Die Industriellen glaubten die Verkehrsunternehmungen rentabel zu gestalten durch Verringerung der Beamten und Arbeiterzahl, sowie durch Erhöhung der Arbeitszeit. Es war nicht die Rede davon, an den Lieferungen des Eisenbahnbedarfs zu sparen und die Einnahmen aus der Beförderung industrieller Erzeugnisse zu steigern. Die Gewerkschaften beabsichtigen die Verkehrsunternehmungen dadurch wirtschaftlich zu gestalten, daß sie dieselben aus ihrer heutigen bureaukratischen Bevormundung befreien und sozialisieren. Das Ziel ist das gleiche. Der Weg ist natürlich ein ganz anderer. Man wird auch bei einer Neuordnung der Verkehrsunternehmungen in diesem Sinne um eine vollkommene Neuorganisation und die Einführung kaufmännischer Grundsätze in die Verwaltung der Reichsbetriebe nicht herumkommen. An den Verkehrsunternehmungen sollte aber zunächst einmal dem deutschen Volke gezeigt werden, daß die Arbeitnehmer produktive Wirtschaftspolitik zu leisten vermögen und daß sie imstande sind, auch die richtigen Organisatoren und Techniker in Dienst zu stellen. Die sofortige Durchführung der Punkte 3 bis 10 des gewerkschaftlichen Mindestprogramms ohne Rücksicht auf besondere Interessen von Parteien, Gruppen und Personen verspricht höchsten Erfolg und wird das Vertrauen in die Produktivität der sozialistischen Idee bis weit in das Bürgertum hinein stärken.

## Was tut not?

(Gleitende Lohnskala oder Wucherbekämpfung.)

In beängstigender Weise steigt die Teuerung. Preise, die man noch vor Jahresfrist ins Reich der Fabel verwiesen, beherrschen heute die rauhe Wirklichkeit. Kein Wunder, daß die Arbeiterschaft fieberhaft bemüht ist, die Preissteigerung durch entsprechende Lohnerhöhungen auszugleichen, denn der Hunger tut weh und die Entbehrungen seit Jahren waren derartig, daß eine Steigerung derselben unmöglich erscheint, falls nicht die Arbeiterschaft kraftlos zusammenbrechen soll. Und die planvolle Lohnaufbauarbeit der Gewerkschaften, wie sie in der Vorkriegszeit der Brauch war, weicht einer Anarchie, die sich naturnotwendig den anarchistischen Zuständen auf dem Lebens- und Bedarfsmittelmarkt anpaßt und die Unsicherheit auf dem Gebiet unserer Wirtschaft entsprechend vervollständigt.

Ist eine Bewegung in irgend einem Orte in zufriedenstellender Weise erledigt, dann verläßt der Gewerkschaftsführer den Ort nicht mehr mit dem befriedigenden Gefühl, das ihn in früheren Jahren beseelte, sondern er weiß, daß er in kurzer Zeit wieder nach dem gleichen Ort muß, um von neuem für die Steigerung der Löhne einzutreten. Die Preise steigen unaufhörlich und als Folgewirkung jagt eine Lohnbewegung die andere und nirgends bietet sich ein Lichtpunkt, der Aussicht böte auf Stabilisierung der vorhandenen Zustände, vielmehr wird der Sturz des Geldwertes durch die enormen Preissteigerungen immer katastrophaler. Nirgends bietet sich ein greifbarer Anhaltspunkt, der aus diesen trostlosen Zuständen heraushelfen könnte...

Verschiedentlich taucht nun als Aushilfsmittel neben anderem das Problem der gleitenden Lohnskala auf. Als begehrenswertes Ziel wird dabei hingestellt die Festlegung eines Existenzminimums für alle Arbeiter, wie es aus den durch die reichsamtlichen Stellen ermittelten Indexzahlen sich errechnen läßt. Allmonatlich wäre aus den verschiedensten Orten und Gegenden der Preis der notwendigsten Lebens- und Unterhaltungsmittel festzustellen und bei einer Steigerung oder auch Senkung wäre dies prozentual auf die vorhandenen Löhne zu berechnen, jeder Unternehmer müßte sich danach richten und jede Lohnberechnung in heutiger Form wäre überflüssig.

Die Idee sieht beim ersten Anblick nicht übel aus. Bei näherer Betrachtung aber glauben wir nicht so recht an ihre Durchführungsmöglichkeit. Zunächst sind die bisherigen Berechnungen der Existenzminimas nicht einwandfrei, zum anderen erfassen sie nicht alle Bedarfsgegenstände. Doch gesetzt den Fall, dem würde abgeholfen: Würde es nicht eine ungeheure Erregung geben bei der Erstfestsetzung des Existenzminimums bei all denen, die darüber verdienen und nun auf die bisherigen Mehreinnahmen verzichten sollten? Und weiter: Für welche Kreise hat das Existenzminimum zu gelten? Nur für die Arbeiter und unteren Angestellten? Wie stellt man sich zu den „höheren" Chargen, den höheren, gutbezahlten Reichs- und Staatsbeamten? Wie zu den ein selbständiges Gewerbe treibenden Handwerkern, wie zu den Kaufleuten, den Krämern, den Gelehrten, den Bauern, den Großindustriellen? Wir wollen uns keinen Augenblick verhehlen, daß all diese Kreise sich schön dafür bedanken würden, nur auf das Existenzminimum gesetzt zu werden, ein solches Experiment wäre nur denkbar in einem sozialistisch-kommunistischen Staatsgebilde. Es bliebe eben rund und nett nur die Arbeiterklasse übrig, die auf das Existenzminimum festgelegt würde. Und auch hier lägen noch große Fußangeln im Wege, denn bei Durchführung des Existenzminimums müßte der Unternehmer dem Familienvater mit sechs Kindern gerechterweise ungefähr den fünffachen Lohn dessen geben, was er dem Ledigen bei gleicher Arbeitsleistung zahlen würde. Geschähe dies nicht, berechnete man den Lohn für Familienväter in gleichmäßiger Weise, indem man als Durchschnitt etwa vier Familienmitglieder in Rechnung stellt, so hätte das kinderlose Ehepaar ein gutes Einkommen, wohingegen der „glückliche" Besitzer einer achtköpfigen Familie Hungerpfoten saugen könnte...

Auch noch andere Einwände gegen das Existenzminimum wären geltend zu machen. Zunächst stiege der Lohn immer erst nach Neuerrechnung der gestiegenen Teuerung. Doch auch das in Kauf genommen. Glaubt denn der kapitalistische Staat, einer solchen Notbehelfspflicht auch nur annähernd zu genügen, wenn er allmonatlich kalt rechnend gerade das dem Arbeiter an Mehrlohn zuspricht, was auf das Konto der zunehmenden Verteuerung entfällt? So wie es heute liegt, wäre wahrhaftig die gleitende Lohnskala ein Eldorado vor allem für die Großunternehmer! Der Arbeiter bekäme eben nur das an Mehrlohn, was aus der Teuerungszunahme errechnet wird und damit wäre der Unternehmer aller sonstigen Pflichten ledig. Von der Verbilligung der Herstellungsart jeglicher Produkte durch Erfindung und Aufstellung besserer Maschinen hätte demnach nur einzig und allein der Unternehmer Vorteil! Er könnte auf diese Weise die Herstellungskosten vielleicht um 50 und noch mehr Prozent verbilligen, ohne daß es dem Arbeiter einfallen dürfte, an diesem Reichtum mit partizipieren zu dürfen, denn ihm stände ja nur das Existenzminimum zu! Und falls diese Vervollkommnung der Maschinentechnik sich wirklich auf dem für den Proletarier in Betracht kommenden Einkaufsmarkt durch ein Herabgehen der Preise auswirken würde, dann würde die gleitende Lohnskala dafür sorgen, daß sein Existenzminimum sich erniedrigt und damit der Lohn gesenkt würde...

Wir sehen also, daß die gleitende Lohnskala keinesfalls das gepriesene Erlösungsmittel aus der heutigen wirtschaftlichen Unsicherheit darstellt. Es ist nicht entfernt daran zu denken, sie irgendwie in einem kapitalistischen Staat ohne große Ungerechtigkeiten gegen den Einzelnen und unter Behinderung jedes kulturellen Aufstiegs der breiten Massen einzuführen. Gewiß, es ist bei weitem kein ideeller Zustand, wenn man heute beobachten muß, daß manche Arbeiterschichten kraft der Ungunst in ihrem Beruf und der Einsichtslosigkeit ihrer Unternehmer im Lohn zurückbleiben müssen, während andere Schichten ihr Einkommen erhöhen können. Die Unsolidarität in den Arbeiterschichten wird dadurch verstärkt!

Ein Ausweg aus diesem chaotischen Labyrinth ist möglich. Den breitesten Volksmassen könnte sofort eine Erleichterung geschaffen

werden, wenn endlich dem Schieber- und Wuchertum der Garaus gemacht würde. Immer klarer stellt sich heraus, daß wir mit den fortwährenden Lohnerhöhungen nie aus dem Elend herauskommen, daß die immer wieder über die Bevölkerung fegende verstärkte Teuerungswelle jede Lohnerhöhung auswischt und die Arbeiterschaft immer wieder von neuem Anstrengungen machen muß, um in diesem wirtschaftlichen Wirrnis nicht zu unterliegen, die Löhne in annähernd gleicher Weise höherzuschrauben.

Gerechter Preisabbau! Das ist die Forderung der Stunde. Und um diesen Preisabbau durchzuführen, sind strengste Gesetzesmaßnahmen notwendig. Der Reichsregierung erwächst die gebieterische Pflicht, schleunigst dem Schieber- und Wuchertum mit strengsten Maßnahmen auf das Fell zu rücken. Es ist einfach ein Skandal, beobachten zu müssen, wie vom Schieber- und Händlertum jede auf dem Warenmarkt auftretende Knappheit sofort dazu benutzt wird, die Preise immer mehr zu steigern und aus jeder Bedarfsnot Kapitalien zu scheffeln. Welcher Sinn liegt noch darin, daß das Pfund Butter 40 Mark kostet und der Zentner Kartoffeln 90 Mark und darüber! Will man noch irgend einem Menschen weismachen, daß die Produktionskosten nur annähernd in gleichem Maße gestiegen sind, so daß sich heute der dreißigfache Preis der Vorkriegszeit rechtfertigt? Nein, hier liegt unverhüllter und unverschämter Wucher vor, und es ist die höchste Zeit, daß Höchst- und Richtpreise geschaffen werden (trotz der schlechten Erfahrung, die in den Kriegsjahren damit gemacht wurden, ihre Beachtung würde das arbeitende Volk schon zu erzwingen wissen), und daß jeder, der sie nicht innehält, ins Zuchthaus fliegt, und daß ihm durch Konzessionsentzug für alle Zeiten das Handwerk gelegt wird. Die Zahl derer, die sich auf Kosten ihrer Mitmenschen auf jede Art und Weise rücksichtslos zu bereichern suchen, ist ungeheuer groß, sie sind in allen Bevölkerungsschichten zu finden, nur nicht bei denen, die in ehrlicher Arbeit sich abmühen, um in dem wilden Existenzkampf nicht ganz zu unterliegen. (Arbeiter, Angestellte, Beamte.) Fast alle die Beutemacher glauben bei jeder Gelegenheit den arbeitenden Schichten noch Moralpauken zu halten über ihr Streben nach höherem Lohn. Es ist nacktes Verbrechertum, das sich hier breit macht, und ein Staat, der solche Parasiten am Volkskörper duldet, ist wert, mit Skorpionen gepeitscht zu werden!

Strengste Maßnahmen gegen alle Wuchergelüste! Schwerste Strafe jedem Wucherer und Teuerungsgewinnler! Nur das kann uns noch retten und dem Chaos Einhalt gebieten! Geschieht es nicht endlich, dann steuert das Volk rettungslos in den Abgrund, und es gewährt nur eine recht zweifelhafte Genugtuung, wenn dann auch die Wucherer in diesem Chaos mitversinken mitsamt ihren schmutzigen zerknitterten Geldscheinen!

# Zur Bekämpfung der Hungersnot in Rußland.

**Abkommen zwischen der Kommission zur Bekämpfung der Hungersnot beim Allrussischen Zentralexekutivkomitee, im weiteren Kommission genannt, und dem Internationalen Gewerkschaftsbund, im weiteren als IGB. bezeichnet.**

§ 1. In Uebereinstimmung mit den Rechten, die die Regierung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik dem IGB. einräumen wird, errichtet der letztere in Rußland seine Vertretung, um der notleidenden russischen Bevölkerung Lebensmittel, Medikamente und Kleidungsstücke zu liefern.

§ 2. Zur Verwirklichung der erwähnten Aufgaben gründet der IGB. in Petersburg eine Zentralstelle unter Leitung des besonders bevollmächtigten Vertreters.

§ 3. Die nach Rußland einreisenden Mitarbeiter des IGB. erhalten zur Einreise nach Rußland Sichtvermerke nach den in der RSFSR. allgemein geltenden Vorschriften. In Rußland erhalten sie Personalausweise vom Volkskommissariat des Auswärtigen sowie die Ausweise von der Kommission.

§ 4. Die russische Sowjetregierung gewährt den Mitarbeitern des IGB. bei ihrer Tätigkeit in Rußland denselben Schutz und dieselben persönlichen Rechte, wie sie die Mitglieder anderer in Rußland tätigen Hilfsorganisationen (ARA., Deutsches Rotes Kreuz, Nansen-Hilfe) genießen.

§ 5. Die vom IGB. nach Rußland gesandten Lebensmittel, Medikamente und Bedarfsgegenstände werden zoll- und abgabenfrei hereingelassen und unentgeltlich und vorzugsweise auf allen Eisenbahn-, Wasser- und sonstigen Kommunikationswegen der RSFSR. verladen, befördert und ausgeladen. Das Personal des IGB. hat bei Ausübung seiner Hilfstätigkeit ebenfalls das Recht zur vorzugsweisen Benutzung aller Beförderungs- und Verbindungsmittel. Die Listen der abzusendenden Gegenstände werden vom IGB. vor der Verladung nach Rußland bei der ausländischen Vertretung der Kommission eingereicht.

§ 6. Die Mitarbeiter des IGB. in Rußland enthalten sich jeder politischen Tätigkeit und vermeiden jede Einmischung in die inneren Verhältnisse Rußlands.

§ 7. Der IGB. hat in Ausübung seiner Hilfstätigkeit das Recht zur unentgeltlichen Benutzung der Post- und Telegraphenverbindungen.

§ 8. Die Sowjetregierung verpflichtet sich, dem IGB. die für seine Tätigkeit erforderlichen Lager-, Unterkunfts- und Arbeitsräume unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, sowie ihm bei Beschaffung von Brennstoffen und der etwa erforderlichen Hilfsmaterialien die weitestgehende Unterstützung zu leisten.

§ 9. Alle Güter und Gegenstände des IGB. bilden sein unantastbares Eigentum.

§ 10. Der IGB. bringt seine Tätigkeit in Rußland in jeder Hinsicht in Uebereinstimmung mit der Tätigkeit der Kommission sowie der andern in Betracht kommenden Regierungsstellen.

Zur Aufrechterhaltung der Verbindung zwischen der Zentralstelle des IGB. in Petersburg und der Kommission entsendet die letztere einen Vertreter in die Zentralstelle.

§ 11. Das vorliegende Abkommen tritt in Kraft, nachdem es vom Präsidium der Kommission und vom Vorstand des IGB. in Amsterdam bestätigt ist.

§ 12. Das vorliegende Abkommen ist in zwei Exemplaren ausgefertigt, von denen das eine sich bei der Kommission und das andere bei dem bevollmächtigten Vertreter in Petersburg befindet.

Berlin, den 18. Oktober 1921.

Für den Internationalen Gewerkschaftsbund:
Edo Fimmen. P. Graßmann.

Für die Kommission zur Bekämpfung der Hungersnot beim Allrussischen Zentralexekutivkomitee:
S. Bratman Brodonski. V. Kopp. J. Jonnov.

Durch den vorstehenden Vertrag wird die ungehinderte Durchführung der internationalen Gewerkschaftshilfe gesichert. Auch eröffnet auf Grund dieses Vertrages der IGB. demnächst ein Zentralbureau in Petersburg, zu dessen Leitung der englische Gewerkschaftsführer O'Grady gewonnen worden ist. Als Stapelplatz für die vom IGB. in den verschiedenen Ländern gekauften Lebensmittel ist Hamburg gewählt, von wo sie so schnell als möglich nach Petersburg transportiert und dann unter Leitung des unter O'Grady stehenden Personals nach ihren Bestimmungsorten übergeführt werden. Mit der Errichtung eines ersten Kinderheims in einer von der russischen Regierung noch näher zu bestimmenden Stadt soll sofort begonnen werden. In dem Heim werden 1000 Kinder aufgenommen und auf Kosten des IGB. verpflegt werden. Die Errichtung weiterer Kinderheime ist in Aussicht genommen. Die in Deutschland eingekauften Medikamente zur Bekämpfung der Seuchen hat der IGB. nach einer persönlichen Unterhandlung mit Prof. Nansen dem Internationalen Roten Kreuz für seine Hilfsaktion zur Verfügung gestellt. Diese Medikamente tragen jedoch auf ihrer Verpackung den Namen des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Durch den erwähnten Vertrag mit der russischen Regierung und die daraufhin vom IGB. getroffenen Maßnahmen sind alle Bürgschaften gegeben, daß die zur Linderung der Not in Rußland gespendeten Gaben auch wirklich in die rechten Hände kommen. Um so mehr ist es erforderlich, daß die Sammlungen, zu denen der IGB. erneut aufgerufen hat, auch in Deutschland nach Möglichkeit fortgesetzt werden.

## Mitgliederbewegung im 3. Quartal 1921.

Zugang:

| | | |
|---|---|---|
| Bestand am Schluß des 2. Quartals 1921 | 46 882 | Mitgl. |
| Eingetreten im laufenden Quartal | 2 321 | „ |
| Uebergetreten von anderen Verbänden | 1 197 | „ |
| Zugereist | 692 | „ |
| | 51 092 | Mitgl. |

Abgang:

| | | |
|---|---|---|
| Im laufenden Quartal ausgetreten | 1 045 | Mitgl. |
| Wegen rückständigen Beiträgen gestrichen | 235 | „ |
| Laut § 3, Abs. 5b ausgeschlossen | 20 | „ |
| Zu anderen Organisationen übergetreten | 1 577 | „ |
| Abgereist aus den Zahlstellen | 1 557 | „ |
| Im 3. Quartal gestorben | 71 | „ |
| | 4 505 | Mitgl. |

| | | |
|---|---|---|
| Bestand und Zugang | 51 092 | Mitgl. |
| Abgang | 4 505 | „ |
| Bestand am Schluß des 3. Quartals 1921 | 46 587 | Mitgl. |

Im 3. Quartal haben wir einen Verlust von 295 Mitglieder; der Vorgang ist erklärlich, weil ein Teil Steinarbeiter umgesattelt haben und noch umsatteln, denn ihre Entlohnung als Steinarbeiter in den verschiedensten Bezirken und Branchen legt ihnen und ihren Familien zu große Entbehrungen auf. Das Baufach hat bereits Steinmetzen als Maurer und andere Steinarbeiter als Bauhilfsarbeiter an sich gezogen, für die Betreffenden immer eine finanzielle Besserstellung! Für die Arbeitgeber in der Steinindustrie, die zu einer nennenswerten Aufbesserung der Entlohnung nur sehr schwer zu bewegen sind, ist dieser erst einsetzende Verlust ihrer Facharbeiter eine Mahnung; deren Nichtbeachtung noch einmal recht fühlbar wird.

# Die Frankenlöhnung im Saarrevier und die Kommunisten.

Die Franzosen haben sich in den Friedensbedingungen das Recht gesichert, in den von ihnen übernommenen Kohlenbergwerken des Saarreviers die Frankenberechnung einzuführen. Alle Welt ist sich natürlich klar, wozu sie das getan haben. Das Nächste, was sie taten, war, daß sie den Kohlenbergarbeitern, als diese nach der Uebernahme der Bergwerke durch die Franzosen Teuerungszulagen forderten, anboten, ihre Löhne in Franken anstatt in Mark zu entnehmen. Die große Mehrheit der Bergarbeiter hatte instinktiv soviel volkswirtschaftliches Gefühl, zu erkennen, daß es auf die Dauer zu unhaltbaren Zuständen führen müsse, wenn zwei verschiedene ungleichwertige Währungen nebeneinander bestehen. Sie lehnten daher mit großer Mehrheit die Einführung der Frankenlöhnung ab, obwohl sie ihnen zunächst namhafte Vorteile gebracht hätte. Später fand sich eine Minderheit unter kommunistischer Führung, die die Frankenlöhnung forderte, worauf deren Einführung prompt erfolgte. Bei den Eisenbahnern ging die Sache ähnlich. Auch die Beamten, die in die Dienste der Regierungskommission übernommen wurden, erhielten ihr Gehalt in Franken, obwohl auch sie mit großer Mehrheit sich dagegen erklärt hatten.

Längst sind nun alle die nachteiligen Folgen, die von der Einführung der Doppelwährung zu befürchten waren, eingetreten. Die Tatsache, daß ein Teil der Bevölkerung des Gebietes über eine kaufkräftige Währung verfügte, hat zur Folge gehabt, daß die an sich schon vorhandene Teuerung sprunghaft in die Höhe gegangen ist und nun in verdoppelter Schwere auf den andern Teil der Bevölkerung drückt, der nach wie vor auf Markeinkommen angewiesen ist. Dieser Teil ist insofern noch weiter benachteiligt, als die Teuerungszulagen für ihn vielfach nicht einmal in dem Maße gestiegen sind, wie das normalerweise selbst im übrigen Deutschland geschehen ist. Das hat seinen Grund darin, daß das Unternehmertum sich darauf beruft, die Rohstoffe, besonders Kohlen, wesentlich teurer (in Franken) bezahlen zu müssen, während es anderseits für seine Erzeugnisse nur Mark einnimmt, da es nicht nach dem zahlungskräftigeren Frankreich ausführen kann. Die letztere Tatsache stimmt. Die Begründung dafür läßt sich gleichfalls nicht von der Hand weisen. Die Lage der Arbeiterschaft in diesen Industrien ist nun eine außerordentlich schwierige geworden. Neben der unzulänglichen Entlohnung ist sie von steter Arbeitslosigkeit bedroht, eben infolge der Absatzschwierigkeiten. Noch schlimmer sind die rund 70 000 Rentner der verschiedensten Art daran, die sich im Saargebiet befinden. Alle Eingaben und Vorstellungen bei der Regierungskommission gegen die Schäden der Doppelwährung haben nichts gefruchtet. Im Gegenteil tut diese alles, um das Chaos noch zu erhöhen, indem sie sich bemüht, der Frankenlöhnung immer mehr Eingang zu verschaffen.

Die geradezu trostlosen Zustände, die durch die Einführung der Doppelwährung im Saarrevier entstanden sind, haben nun die wichtigsten Wirtschaftsgruppen und die Parteien mit Ausnahme der Kommunisten veranlaßt, vor einiger Zeit eine Vertretung nach Genf zu schicken, die dort eine Aussprache mit den Völkerbundsmitgliedern gehabt hat und in der sie übereinstimmend die Unhaltbarkeit der jetzigen Zustände dargelegt haben. Die freien Gewerkschaften haben allerdings keine offizielle Vertretung mitgeschickt, weil es wegen der politischen Zerrissenheit der Bewegung und des durch die teilweise Frankenlöhnung eingetretenen Auseinandergehens der Interessen nicht möglich gewesen wäre, eine solche zu bestimmen. Zugleich ein Beispiel dafür, wie, objektiv gesehen, die Frankenlöhnung die Gewerkschaftsbewegung schon korrumpiert hat. Es gingen trotzdem einige Gewerkschafter mit, jedoch als Vertreter ihrer Parteien: ein Mann von der SPD. und ein Zentrumsmann.

Auch der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat ganz unabhängig von dem Vorgehen der Beteiligten eine Denkschrift in derselben Sache an das Internationale Arbeitsamt in Genf gerichtet.

Es ist Gefahr im Verzuge, höchste Gefahr! Nicht nur, daß der Teil der Bevölkerung, der nach Lage seiner Wirtschaftsverhältnisse nicht in den Genuß der Frankenlöhnung gelangen kann, wirtschaftlich vollkommen ins Hintertreffen gerät, sondern es ist auch zu befürchten, daß bei längerer Dauer dieses Zustandes ganze Industrien und Gewerbezweige stillgelegt und damit Zehntausende von Menschen mit ihren Familien vollkommen subsistenzlos werden. Sie müßten unbedingt, wenn sie nicht verhungern wollen, auswandern, nachdem sie vorher alles, was sie besitzen, verloren haben würden. Damit aber würde Frankreich sein politisches Ziel erreicht haben: Eine Massenverdrängung deutscher Bevölkerung und die Wahrscheinlichkeit, daß bei der entscheidenden Abstimmung nach Ablauf der bekannten 15 Jahre im Saarrevier keine deutsche Mehrheit mehr vorhanden ist. Dann kann es das Saargebiet in die Tasche stecken und damit Deutschland eine weitere für seine Wirtschaft außerordentlich bedeutungsvolle Provinz nehmen.

Aber selbst wenn man diese Ansicht zunächst außer acht läßt: Die Not und das Wirtschaftschaos, die durch die französische Währungspolitik hervorgerufen worden sind, unter der naturgemäß die Arbeiterschaft und die Opfer der Arbeit, ebenso die Kriegsbeschädigten, am schwersten zu leiden haben, müßte jeden, der sich auch nur einen Funken von Verständnis für die Interessen der Arbeiterschaft bewahrt hat, veranlassen, jeden Schritt zu unterstützen, der geeignet ist, diese unseligen Zustände zu beseitigen.

Die Kommunisten im Saarrevier denken darüber anders. Sie haben es für notwendig gehalten, sofort nach der Rückkehr der Delegation von Genf eine „Protestkundgebung" zu veranstalten und nach Genf zu telegraphieren, daß die Delegation gar keinen Auftrag gehabt habe, namens der Gewerkschaften zu sprechen. Und in ihrem Flugblatt, das bedauerlicherweise die Unterschriften der Ortsverwaltungen der Metallarbeiter, Bergarbeiter und Eisenbahner trägt, fordern sie die allgemeine Einführung der Frankenlöhnung. Man weiß nicht, ob die dortigen Leitungen dieser Verbände nicht fähig sind, die wirtschaftliche Tragweite ihrer Forderung zu übersehen. Wenn sie aber gar in dem von ihnen unterzeichneten Flugblatt fordern, daß „insbesondere auch für Rentenbezieher, Kriegsinvaliden und Kriegerhinterbliebene" die allgemeine Frankenlöhnung gelten solle, dann zeugt das doch von einer geradezu schamlosen Demagogie. Denn das muß doch selbst der Unerfahrenste wissen, daß diese Renten aus deutschen Kassen gezahlt werden und vom deutschen Volk, nicht am wenigsten auch von deutschen Arbeitern, aufgebracht werden müssen und daß selbst die Entente diese nicht zwingen kann, Franken aufzukaufen, um davon die Renten im Saargebiet auszuzahlen. Wenn's nach den Worten dieser „Arbeiterführer", wie sie sich in dem Flugblatt selbst bezeichnen, ginge, müßte allerdings auch das geschehen. Was verschlägt das auch dieser Sorte von Arbeiterführern! Solidarität ist für sie ein überwundener Begriff. So wie sie es fertig gebracht haben, den Arbeitervertretern in den Rücken zu fallen, die unter Gefahr, von der Regierungskommission ausgewiesen zu werden, es wagten, dem Völkerbund die unverhüllte Wahrheit zu sagen, so bringen sie es auch fertig, sich auf Kosten ihrer Klassengenossen vorübergehend Vorteile in der Entlohnung zu sichern und dann den andern obendrein noch besondere Lasten aufzuerlegen, denn vorübergehend ist der Vorteil nur, den sie haben. An dem Tage, wo nach ihrem Wunsch die Frankenlöhnung im Saargebiet allgemein eingeführt sein wird, hört jeder Vorteil für ihre Empfänger auf, dann ist der Ausgleich da — nur, daß es durch diese „kluge Lohnpolitik" gelungen ist, die Teuerung weit über das normale Maß hinaus zu steigern und daß inzwischen andere Zehntausende von Arbeitern und Klassengenossen zugrunde gerichtet werden oder infolge der durch diese Lohnpolitik erfolgten Zerstörung ihrer Existenzquellen die Heimat verlassen müßten und weiter die französische Regierung ihre imperialistischen Ziele erreicht haben wird. Das ganze nennt man: Kommunistische Arbeiterpolitik.

# Die Lößnitzer Schieferbrüche.

Die Umgegend von Lößnitz i. Erzgeb., so lesen wir im „Dachdecker", galt noch in den siebziger Jahren als das wichtigste Schieferbruchgebiet Sachsens. Es versorgte weithin, auch über die Grenzen des Landes hinaus, Städte und Dörfer mit dauerhafter Dach- und Giebelbekleidung, sowie mit allerhand Baustücken und Hausgeräten. Die Brüche wurden entweder von den Eigentümern selbst abgebaut oder an andere gegen einen Zins von 10—12 Pfennigen für die Truhe, d. i. 60 Stück fertigen Schiefers, verpachtet. Um das Jahr 1840 traten durch die Erbauung von Eisenbahnen der englische und französische Schiefer mit dem hiesigen in Wettbewerb, und es machte sich eine Umgestaltung des bisherigen Betriebes notwendig. Das ganze Gebiet umfaßte 44 einzelne und fast ebenso viele verlassene Brüche. 1856 entstand die „Sächsische Schieferbruchkompagnie", die mit einem Aktienkapital von 1 200 000 Mark die Ausbeute von 6 der größten Brüche in Angriff nahm. Das Unternehmen war vielverheißend und erfreute sich eines raschen Aufschwunges. Während 1857 noch 327 Mann anfuhren, betrug deren Zahl 1859 schon 554. Die Errichtung einer Plattenschneiderei und einer Steindreherei mit Maschinenbetrieb waren weitere Fortschritte. Ein Geschäftsbericht setzt die Lieferungen eines Jahres fest mit 242 809 Truhen Dachschiefer, 3777 Kehlsteinen, 474 Zentnern Zentnerschiefer und 547 635 Stück Schablonenschiefer. Für das Wohl der Arbeiter sorgten eine Knappschaftskasse und ein Konsumverein.

Die Jahre 1872 bis 1875 schufen in der großartigen Entwicklung des deutschen Schieferbaues einen neuen Wettbewerb für Lößnitz. Schon 1879 und 1880 war der Betrieb so beeinträchtigt, daß ernste Klagen laut wurden. Ein Eingangszoll von 50 Pfennig auf 100 Kilogramm fertigen Schiefers brachte keine Wendung zum Bessern. Nach Ansicht der damaligen Werksverwaltung hatten die ausländischen Schiefer das Uebergewicht gewonnen nicht durch die Vorzüge, sondern hauptsächlich, weil fast zu allen Reichs-, Staats- und anderen öffentlichen Bauten ausländischer Schiefer verwendet wurde.

Hierdurch wurde auch bei Privatleuten das Ansehen des einheimischen Schiefers herabgedrückt. Daß bei dem letzteren 90 Prozent als wertlose Masse auf die Halde wanderte und durch die Bearbeitung weitere 5 Prozent verloren gingen, war für die Zukunft unseres Schieferbaues auch wenig verheißungsvoll. So kam es, daß am 27. April 1882 die Auflösung der Gesellschaft beschlossen wurde. Ein weiterer Versuch eines einzelnen Unternehmens war nur von kurzer Dauer. Der Schieferbau kam so gut wie ganz zum Stillstande. Aus dem Kirchengebete verschwand die „Fürbitte" für die hiesigen Schieferbrüche."

Heute zeigen noch mächtige Halden und weitgähnende Bingen bei Dreihausen, im Hasenschwanze und an der Berglehne zwischen Affalter und Lenkersdorf von dem Umfange und dem hohen Alter dieser ehemaligen Industriestätten. Noch erkennt man an den stufenmäßig übereinander liegenden, 3—4 Meter hohen Absätzen, Strossen genannt, die Art des Abbaues. In einzelnen Fällen wurden zur Vorbereitung Schrammen eingehauen; das waren grabenartige Vertiefungen von 30—60 Zentimeter Breite, 2½ bis 4½ Meter Länge und 60—170 Zentimeter Tiefe, durch welche die Platten in ihrem tiefsten Punkte vom Felsen getrennt, durch Eintreiben mehrerer Keile in der Richtung der Schieferschichten gelockert und durch Brechstangen vollends gelöst wurden. Pulver wurde selten angewendet. In besonderen Abteilungen wurden nun die gewonnenen Blöcke zu Platten gespalten, abgeschabt, behauen oder zu rhomboidförmigem Dachschiefer zugerichtet. So bildet der Schiefer noch jetzt in Lößnitz und Umgegend Tausende von schützenden und schirmenden schuppigen Panzern auf Dächern und an Giebeln und wird wie die schiefernen Hausflurbelege, Treppenstufen, Essenkränze, Wassertröge, Gartensäulen und Grenzsteine ein augenfälliges Wahrzeichen für den ehemaligen ausgedehnten Lößnitzer Schieferbau.

Die verlassenen großen Schieferbrüche sind heute von innen und außen eine landschaftliche Sehenswürdigkeit. An dem Hasenschwanzbruche hat die derzeitige Besitzerin, Familie Baumann aus Aue, in überraschender Weise gezeigt, wie ein ödes und sprödes Grundstück durch Fleiß und Kunst gefügig gemacht werden kann, neue Schätze zu erschließen, die das Auge entzücken und die Hände mit reichen Gaben füllen.

# Glaube.

Der Mensch ist nach der herrschenden Moral böse von Jugend auf. Die Sünde der Menschenbrust ist der Quell alles Schlechten in der Welt, und diese Sünde wird gar für so schwerwiegend erachtet, daß Hoffnung auf eine bessere, edlere Menschenwelt nicht vorhanden ist. Dunkel liegt die Zukunft ausgebreitet, lieblos, kalt.

Nach proletarischer Auffassung ist der Mensch nicht dieses aus der Welt losgerissene Stück Leben mit eigenem Wert oder Unwert. Der Mensch ist ein Glied des großen Zusammenseins, aus dem Zusammensein geworden und mit ihm weiterwachsend zu neuer Höhe. Darum ist der Mensch auch nicht von Natur gut. Er ist von Natur etwas Werdendes, gut oder schlecht, je nachdem ihm das Leben hold war. Und er wird um so besser, je besser das Leben wird, das ihn trägt.

Die Tat, die gestaltende Tat, das herrliche, pulsierende, schaffende Leben kann darum nach der proletarischen Auffassung nur das Glück sein. Weil wir an die Tat glauben, glauben wir an den Sieg. Weil wir an die Tat glauben, glauben wir an die Menschheit. Die Zukunft ist nicht das tote, ewig öde, ewig träge Sein. Nein, Leben ist sie, warmes Leben voll Sonne und Licht. Wir haben die Tat, und darum haben wir die Sonne als Ziel. Und das ist das herrlichste, uns immer wieder auch heute in all dem Elend erhebende Glück der proletarischen Anschauung von Leben und Welt, daß über all unserem Fühlen und Denken und Tun der Glaube an die Menschheit steht.

---

Das sind die Guten, welche auf den eigenen Gewinn verzichten,
doch darauf, daß des andern Glück gefördert wird, ihr Mühen richten;
das ist der Mittelschlag, die auch mit Eifer fremdes Wohl betreiben,
doch dessen, daß sie selbst gedeihn, nicht minder eingedenk verbleiben;
Unholde, die als Menschen sich verkleiden, müssen solche heißen,
die um ihr eignes Wohlergehn das Wohl des andern niederreißen;
die aber fremdes Wohlergehn zerstören ohne eignes Frommen, —
ich weiß fürwahr den Namen nicht, den sie verdienen zu bekommen.

Indisch.

# Aus den Zahlstellen.

**Eltmann und Umgebung.** Zwischen der Vereinigung der Steinbruchbesitzer des oberen Maines und den beiden in Frage kommenden Arbeiterorganisationen wurde heute folgende Vereinbarung getroffen:

1. Ab 18. November 1921 erhalten sämtliche vollwertige Arbeiter eine Stundenlohnzulage von 60 Pf.; ab 2. Dezember 1921 eine weitere Zulage von 40 Pf., auf die derzeit bestehenden Löhne.

   Steindreher erhalten ab 18. November 1921 10 Prozent Zulage und ab 2. Dezember 1921 weitere 5 Prozent Zulage auf die derzeitigen Akkordlöhne.
2. Die Erhöhung für jugendliche und minderleistungsfähige Arbeiter erfolgt prozentual nach den Löhnen der Steinbrecher (12 und 8 Prozent).
3. Es wird eine Kinderzulage von 1 Mark pro Arbeitstag des Vaters für jedes werktagsschulpflichtige Kind gewährt; ausgenommen sind:
   a) Besitzer von über 5 Tagwerk ertragsfähigen Grundbesitz,
   b) wenn außer der Frau noch erwachsene Familienangehörige in anderen Industrien oder der Landwirtschaft Verdienst haben (ausgenommen Lehrlinge).
4. Diese Löhne gelten bis 31. Dezember 1921.
5. Die übrigen Vereinbarungen vom 3. Oktober 1921 bleiben in Kraft.

Ebelsbach, den 17. November 1921.

Für die Arbeitnehmer: M. Lohse. A. Böckler. Für die Unternehmer: Viktor Keller.

**Steinach, Hasenthal, Spechtsbrunn und Umgebung (S.-M.).** Für die hiesige Schiefergriffel- und Schaltplatteninduftrie mit Ausnahme der Wetzsteinbranche (Regelung für letztere findet demnächst statt), wurden die Lohnsätze nachstehend geändert:

Die den Firmen: 1. Staatswerke, 2. Mohr u. Löhrs, 3. A. Kleinert und Sohn, sämtlich hier, für den 30. November gekündigten Tarife werden bis zum 31. Dezember 1921 mit nachstehenden Aenderungen verlängert:

Es gelten: bei 1. ab 21. November, bei 2. ab 24. November, bei 3. ab 26. November folgende Stundenlohnsätze:

a) für Arbeiter von 14--16 Jahren 3.70—4.40 M., für Arbeiter von 16—18 Jahren 4.90—5.60 M., für Arbeiter von 18 bis 19 Jahren 6.20 M., für Arbeiter von 19—20 Jahren 7.20 M., für Arbeiter über 20 Jahre 8.35 M., für Vorarbeiter 8.90 M.; in diesen Sätzen sind 20 Pf. pro Stunde als Vergütung für Mehraufwand an Schuhwerk inbegriffen.

b) Facharbeiter im 1. Gesellenjahr 5.60 M., Facharbeiter im 2. Gesellenjahr 6.25 M., Facharbeiter im 3. Gesellenjahr 7.30 M., über 20 Jahre 8.60 M.; sobald ein Geselle das 20. Lebensjahr vollendet hat, erhält er den Vollohn.

c) Lehrlinge im 1. Jahr 1.60 M., im 2. Jahr 2.40 M., im 3. Jahr 3.20 M.

d) Mädchen von 14—16 Jahren 3 M., von 16--18 Jahren 3.50 M., über 18 Jahre 4 M., Wächter 43 M. pro Schicht, Kutscher 330 M. pro Woche neben freier Wohnung.

Die bisherigen Stücklöhne: a) der Steinarbeiter, b) der Schleiferinnen, c) der Griffelmacher im Maschinenbetrieb und der im Handbetrieb erfahren eine Erhöhung von 25 Prozent. (Wenn im Betrieb Steinbächlein blaues Material verarbeitet wird, werden hierfür statt 25, 45 Prozent gewährt.) Die Griffelsorten 14,6 Zentimeter rechnen in Zukunft 19 M. und 16,6 Zentimeter 23.50 M. pro Mille. Die Akkordsätze der Former erhöhen sich um 15 Prozent.

Die sonstigen am 15. September 1921 getroffenen Vereinbarungen (Kinderzulagen usw.) behalten ihre Gültigkeit.

Die in der heutigen Sitzung von den Arbeitervertretern neugestellten Anträgen nehmen die Firmen zur Kenntnis und verpflichten sich, in der gegenwärtigen Vertragszeit darüber in Verhandlungen einzutreten.

Für die Arbeiterschaft: M. Lohse. Für die Firmen: Rosenberger.

**Berlin.** Kombinierte Versammlung am 1. November im Gewerkschaftshaus. Nach der üblichen Ehrung von zwei gestorbenen Kollegen wird die Abrechnung vom 3. Quartal nach längerer Diskussion über das Gehalt des Angestellten, der Bezahlung der Sitzungen der Betriebsräte und die Verwaltungskosten erledigt, indem dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt wird. Zu den Anregungen soll der Vorstand Stellung nehmen und eventuell Vorschläge der nächsten kombinierten Versammlung unterbreiten. Im Punkt Beitragserhöhung beschließt die Versammlung nach längerer Debatte, die Abstimmung sofort in der Versammlung vorzunehmen und die Kollegen, die Nachtschicht arbeiten, am 2. November besonders abstimmen zu lassen. Die Abstimmung erfolgt in der vorgeschriebenen Weise und werden 307 gültige Stimmen abgegeben. Für Vorschlag I stimmen 245 und für Vorschlag II stimmen 62 Kollegen. Anschließend wird über den Ortszuschlag beraten, der erhoben werden soll, wenn der Vorschlag I der Zentrale durch die Urabstimmung zur Annahme gelangt. Gegen einige Stimmen wird beschlossen, daß der Beitrag betragen soll für Männer I. Klasse 10 M., Frauen III. Klasse 8 M. Den Kollegen Braun, Ritter, Kernbach und Hänsel wird auf Antrag der Betriebsrätesitzung eine scharfe Rüge erteilt, weil sie Arbeit angenommen haben ohne Vermittlung durch den Arbeitsnachweis. Zur Weihnachtsunterstützung an erwerbslose Kollegen soll von der 45. bis einschließlich der 51. Woche ein Extrabeitrag von 2 M. pro Woche erhoben werden. Mit großer Majorität gelangt der Antrag zur Annahme. — Laut Beschluß des Ausschusses der Gewerkschaftskommission soll zur Unterstützung der streikenden Angestellten im Gastwirtsgewerbe durch Umlageverfahren pro Mitglied 1 M. entrichtet werden. Die Versammlung bewilligt 1000 M. aus der Ortskasse. Wenzel verliest ein Schreiben der Volksfürsorge und macht auf die Vorteile aufmerksam. Von einigen Rednern wird sodann die Schreibweise im „Steinarbeiter" scharf kritisiert; insbesondere der Nachruf für den verstorbenen Steinindustriellen Vetter. Folgender, aus der Mitte der Versammlung gestellter Antrag wird mit großer Majorität angenommen: „Die Steinarbeiter Berlins protestieren auf das schärfste gegen den in Nr. 41 des „Steinarbeiters" enthaltenden Artikel betreffend das Ableben des Steinindustriellen Vetter. Wenn der Redakteur glaubt, daß die Steinarbeiter Ursache haben, demselben ein ehrendes Andenken zu bewahren, so ist das jedenfalls seine private Ansicht, die nicht in ein Gewerkschaftsblatt gehört." Außerdem wird der Schriftführer durch einstimmigen Beschluß der Versammlung beauftragt, gegen die Schreibweise des Schriftleiters des Fachorgans scharfen Protest einzulegen, damit der Raum besser ausgenutzt und keine spaltenlange Artikel erscheinen, die nicht das Interesse der gesamten Kollegenschaft wahrnehmen.

Ein Antrag betreffs Beitragsregelung bei Kurzarbeit wird vertagt bis zur nächsten kombinierten Versammlung.

(Redaktion: Von dem recht verspäteten Protest, der wahrscheinlich erst von anderer Seite veranlaßt wurde, hat die Schriftleitung ganz zerknirscht Kenntnis genommen. Auf ihrem Arbeitsplatz ist jetzt ein Vermerk angeheftet: „Mache als Redakteur immer einen Unterschied zwischen deiner privaten und der allgemeinen Auffassung!" Doch so ganz einfach wird das nicht auszuführen sein, und über das Grübeln, was nun für einen Redakteur als private Ansicht und als allgemeine gilt, manches notwendige nicht geschrieben werden. Na, vielleicht kommt noch die Erleuchtung. Aber die Kollegen, die sich diesem Protest anschließen und bereits angeschlossen haben, gestatten wohl folgende private Ansicht: Bei der Arbeit gelingt nicht jedem Kollegen jeder „Horzel", das soll durchaus nicht so selten sein, und wenn dann der Unternehmer oder sein Vertreter wegen dem verunglückten Horzel dem Kollegen seine ganze „Arbeitsweise" vorhält, dann sind wir sicher, daß unser Kollege sich diese „Sprechweise" vielleicht gar grob oder höflich, je nach seiner „privaten" Veranlagung verbeten wird. Kann dieses Beispiel aus unserem Beruf etwa auch Anwendung finden auf die „Schreibweise"?)

**Weißenstadt.** Am Sonntag, dem 30. Oktober, fand im Lokal Max Versammlung statt. 1. Punkt: Kassenbericht vom 3. Quartal, wurde vom Kassierer Konrad Hüttel vorgetragen und für richtig befunden. 2. Punkt: Konferenz in Schwarzenbach am 2. Oktober in Sachen der Wirtschaftsbeihilfe, gab Kollege Georg Ruhner einen Bericht. Daraus ging hervor, daß bei Wiesner in Martinlamitz und bei Bates in Marktleuthen die Wirtschaftsbeihilfe bezahlt worden ist. 3. Punkt: Wirtschaftsbeihilfe in Wunsiedel, ist der Referent Kollege Albrecht Schobert nicht erschienen und mußte dieser Punkt ausgesetzt werden. Dann nahm unser Gauleiter Christian Schmidt das Wort und äußerte sich über die Wirtschaftsbeihilfe. Auch machte er über verschiedene Gesteinsarten den Kollegen nähere Auslegungen. Ueber die Erhöhung der Grundstundenlöhne, die 1919 festgesetzt wurden, wurde auch reichlich diskutiert und möchten die Kollegen auch den Grundstundenlohn erreichen wie in der Lausitz. Es wurde auch lebhaft bedauert, daß die Steinarbeiter gegen andere Berufe, die hier am Orte sind (Textilarbeiter, Holzarbeiter, Porzellanarbeiter) mit den Lohnverhältnissen die letzten sind. Auch wurde von verschiedenen Kollegen der Garantiestundenlohn angeregt. Zum Punkt 4, Beitragserhöhung, wurden durch Stimmzettel 42 Stimmen für Antrag 1 und 9 Stimmen für Antrag 2 abgegeben. 5. Punkt: Verschiedenes. Kollege Georg Ackermann kritisierte die Kollegen in der Fabrik Grashma, die den Ortszuschlag verweigern, der zum Kartell und Sekretariat benötigt wird. Ott stellte den Antrag, daß die Kollegen veröffentlicht werden, die den Ortszuschlag nicht bezahlt haben. Auch gab es verschiedene Differenzen unter den Kollegen im genannten Betrieb, die vom Kollegen Ruckdäschel richtiggestellt wurden. Es muß auch an verschiedene Kollegen der Appell gerichtet werden, sich den Verbandsinteressen und Arbeiterinteressen besser zu widmen, damit für die Allgemeinheit Besseres erzielt werden kann.

## Ergänzung des Bayrischen Werksteintarifes.

Um den Bayr. Granitwerksteintarif einer zeitgemäßen Anderung zu unterziehen, fanden am 16. November in Kirchenlamitz erneute Verhandlungen statt. Bei dieser Gelegenheit wurden auch die Grundstundenlöhne der im Zeitlohn beschäftigten Kollegen erhöht und zwar bei den Steinmetzen und Brechern von 75 auf 85 Pfg. und bei den Hilfsarbeitern von 60 auf 70 Pfg.

Die gegenwärtige Teuerungszulage wurde ab 12. November von 550 auf 600% und ab 10. Dezember auf 650% erhöht.

Durch die Erhöhung der Grundstundenlöhne werden die bisherigen Mindeststundenlöhne bei den Steinmetzen und Brechern ab 12. November von 4.87 auf 5.95 M und ab 10. Dezember auf 6.37 M. erhöht. Bei den Hilfsarbeitern erhöht sich mit gleichen Datums der Lohn von 3.90 auf 4.90 M., ab 10. Dezember auf 5.25 M. Die Hilfsarbeiter in den Brüchen erhalten wie bisher noch eine Zulage von 10 Pfg. pro Stunde.

Die Anderungen, die am Tarif selbst vorgenommen wurden, sind in Druck gegeben und beginnt der Versand am 1. Dezember.

Leider waren bei diesen Verhandlungen die Unternehmer des Bayr. Waldes nicht vertreten und sind hier die Verhandlungen für den 28. November in Aussicht genommen. Wir betrachten es als selbstverständlich, daß die im Fichtelgebirge vorgenommenen Anderungen auch auf den Bayr. Wald übertragen werden. Die oben angeführten Löhne sind so gering, daß wirklich keine Rede davon sein kann, unter den heutigen Verhältnissen noch einen Unterschied zwischen dem Fichtelgebirge und dem Bayr. Wald zu konstruieren.

**Melten.** Unsere wirtschaftliche Lage hat sich in einem kaum noch steigerungsfähigen Grade verschlechtert. Lohnerhöhungen, um die wir regelmäßig lange ringen müssen, vermögen nicht entfernt die sprunghaften Preissteigerungen auszugleichen. Die rapide Entwertung der Mark hat in der letzten Zeit unser Einkommen noch bedeutend weiter herabgedrückt. In unseren Kreisen lebt das Gefühl, so kann es nicht mehr lange weiter gehen. Auf der anderen Seite sehen wir, daß gerade die Entwertung der Mark für die Industriellen eine unerschöpfliche Quelle der Bereicherung ist. Auch die Steinindustrie wird hierin keine große Ausnahme machen. Wer hier näher die Betriebe betrachtet, erkennt, daß die Geschäfte gut gehen. Die Vorräte sind gänzlich verschwunden und namentlich geht viel Arbeit nach Holland. Die Unternehmer wären sehr wohl in der Lage, bessere Löhne zu bezahlen, aber bekanntlich zahlen diese niemals freiwillig mehr Lohn. Der im Frühjahr gekündigte, am 1. Juli abgelaufene bayrische Werksteintarif ist bis heute noch nicht abgeschlossen. Es wäre nun höchste Zeit, hierin der kräftigsten Weise einzugreifen. Es bestärkt auch das Gefühl, daß den Kollegen mehr ländlicher Kreise von seiten des Verbandes in Lohnbewegungen nicht so tatkräftig Hilfe geleistet wird, als wie den städtischen. (?) Es muß auch ausgesprochen werden, daß die ländlichen Kollegen noch schlechter daran sind als die in der Stadt. Beweis: mancher Kollege nimmt in der Stadt Arbeit, während hier seine Familie wohnt. Im Bayrischen Wald beträgt der Durchschnittsstundenlohn 4.27 M., viele die im Akkord arbeiten, verdienen diesen Stundenlohn nicht. Der Lohn ist in den Städten mindestens noch einmal so hoch. Fest steht, daß in den Städten für Wohnung, Heizung und einzelne Lebensmittel die Ausgaben höher zu stehen kommen, während in der Bekleidung der städtische Arbeiter eine größere und billigere Auswahl hat. Selbstverständlich soll damit nicht gesagt sein, daß dort die Löhne zum Lebensunterhalt hinreichend seien. Zum Schlusse sei noch zur Beitragserhöhung zu erwähnen, daß natürlich die jetzigen Beiträge in keinem Einklang stehen gegenüber der ungeheuren Geldentwertung. Der erhöhte Beitrag bringt aber den Kollegen nur dann Erfolg, wenn zur Erreichung besserer Lohnverhältnisse nicht gezögert wird, die schärfsten Kampfmittel anzuwenden.

**Baumholder.** Ein Eldorado für Steinarbeiter ist ohne Zweifel der hiesige Betrieb Burger. Vor ungefähr zehn Wochen erließ der Inhaber Dr. Ing. P. Burger in einer Reihe von Blättern sowohl im Fichtelgebirge wie im Odenwald verlockende Inserate nach Arbeitskräften, in denen gute Wohnung, billiges Essen, dauernde Arbeit und dergleichen mehr versprochen wurde. Auch im „Steinarbeiter" ließ der Herr seinen Spruch abdrucken. Bei der allgemeinen Misere im Steingewerbe ließen sich auch eine Anzahl Kollegen verlocken, zum Teil aus recht weiter Ferne ihre Schritte nach Baumholder zu lenken. Aber nur zu bald sollten sie erkennen, daß der üble Klang, den der Name Dr. Burger seit langen Jahren in der deutschen Granitarbeiterschaft hat, und durch den sein einst 120 Mann beherbergendes Werk bis auf die stattliche Zahl von 10 Mann gesunken, nur zu begründet ist. — Einen Konflikt, den der streitsüchtige Herr mit dem hiesigen Wohnungsamt hatte, und der mit einer Zwangseinquartierung in sein Werk endigte, wurde von ihm benutzt, um sämtlichen Arbeitern und Angestellten zu kündigen. Die stille Hoffnung, daß die Arbeiter für seine Sache angriffslustig zu Bürgermeister und Landrat ziehen würden, erfüllte sich nicht, denn der überwiegende Teil der Kollegen hatte bereits erkannt, was hier gespielt wurde. Beweis: die Spottreime unter seinem diesbezüglichen Anschlag im Werk. — 10stündige Arbeitszeit ohne jede Zuschläge für Ueberstunden, das Versprechen auf Winterarbeit, alles eitler Dunst, dazu die wunderschönen Einrichtungen, wie Kontrolluhr, wer zwei Minuten zu spät kommt, wird bestraft, eine ins kleinste gehende Leistungskontrolle. Die Arbeitsordnung stammt noch aus dem Jahre 1913 usw. Dazu eine teilweise hohnsprechende Bezahlung. Bekam doch bis vor einiger Zeit der Heizer 625 Mark pro Monat bei freier Wohnung und freier Beleuchtung. Letztere trat allerdings kaum in Kraft, denn das Licht erlosch mit dem Stillstand der Maschine. Der Maschinenmeister erhielt bis zu seinem Austritt vor zirka vier Wochen monatlich 725 Mark ebenfalls bei freier Wohnung. Wie diese Leute mit Frau und zwei bzw. drei Kindern leben sollten, ist Geheimnis des Herrn Burger. Vielleicht hat er es an sich ausgeprobt. Besonders zu berücksichtigen ist, daß Baumholder im besetzten Gebiete liegt, wo die Teuerung so enorm ist, daß die Staats- und Kommunalbeamten nach Ortsklasse A bezahlt werden. Auf weitere besonders krasse Fälle vom Verständnis des Hrn. Burger einzugehen, erübrigt sich, er dürfte noch bei vielen älteren Kollegen in schlechter Erinnerung stehen. Es mag sich ein jeder Kollege reiflich überlegen, ob er sein sauer verdientes Geld nach hier verfährt, um nach kurzer Zeit doch wieder auf der Landstraße zu sein. Auf sein Gerede, einige Dutzend Oesterreicher kommen zu lassen, näher einzugehen, würde zu weit führen, zumal es Tatsache ist, daß er seit dem 15. Oktober ohne einen einzigen Steinmetz mit zwei Schleifern seinen Betrieb weiter laufen läßt. Also, nochmals Vorsicht bei Arbeitsangeboten nach hier!

**Hamburg.** Der Streik der Steinarbeiter Hamburgs ist erfolgreich beendet. Da bei einer früheren Lohnbewegung die Unternehmer den Spruch des Schlichtungsausschusses nicht anerkannten, schritten wir diesmal zur Selbsthilfe. Unsere Forderung lautete für den Monat November 2 Mark pro Stunde, für alle Gruppen. Das Angebot von 1 Mark lehnten die Kollegen ab. Nachdem die Unternehmer die den Maurern schon ab 18. Oktober gezahlte Zulage von 1.50 Mark die Stunde auch ablehnten, wurde der Streik zum 1. November in einer am 31. Oktober gutbesuchten Versammlung mit über zwei Drittel Majorität beschlossen. Die Haltung der Streikenden war eine ausgezeichnete. Auch die Versuche einzelner Unternehmer, uns den geforderten Lohn zu bewilligen, um weiterarbeiten lassen zu können, lehnten sämtliche Kollegen zum Zeichen ihrer Einigkeit ab. Am 18. November fand eine Verhandlung statt. Infolge der in letzter Zeit sehr gestiegenen Preise für Lebensmittel erhöhten wir die Forderungen der Steinmetzen auf 15 Mark, bisher 10.50 M., alle übrigen Gruppen dem anpassend. Nach längerer Aussprache einigte man sich auf folgenden Lohn: Steinmetzen 14.25 M. pro Stunde, angelernte 13.75 M., Marmorhauer 13.25 M., Schleifer 12.50 M., Hilfsarbeiter 11.75 Mark, Bildhauer pro Tag 118 Mark, gültig bis zum 18. Dezember. Die Arbeit wird am Montag, dem 21. November, wieder aufgenommen. Maßregelungen finden nicht statt. Der Streik gilt für alle als keine Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses in bezug auf Ferien. Die Versammlung der Streikenden am 19. November nahm dieses Angebot an. Kann auch das Resultat den heutigen Verhältnissen entsprechend keineswegs als befriedigend gelten, so sind sich die Kollegen anderseits auch klar darüber, daß dieses Resultat nur zu erreichen war durch energischen Kampf. **Den Bremer Kollegen für ihre tatkräftige Unterstützung an dieser Stelle besten Dank.**

**Dietenhan.** Ueber die Lohnbewegung des Obermaintals haben wir folgendes zu berichten: Die Firma C. Winterhelt sperrte uns aus und ließ vorher im September nur 24 Stunden pro Woche arbeiten. Dann drängte auf einmal die Arbeit, die Profitsucht der Unternehmer ließ keine Lohnerhöhung zu und lehnte vor dem Schlichtungsausschuß Aschaffenburg jede Teuerungszulage für die Steinarbeiter des Obermaintales ab, jedoch fürs untere Maintal bekundeten sie Verständnis und gaben zu, daß für die Betriebe Dietenhan, wo das härteste Material lagert, ein außerordentlicher Härtezuschlag zu bewilligen sei. Als wir nun am 14. Oktober den Härtezuschlag verlangten, sperrten sie uns vier Wochen aus. Bei der Firma C. Winterhelt wird der niedrigste Lohn verdient, sie hatte jedoch nichts Eiligeres zu tun, als an unsern Gauleiter Max Lohse zu schreiben, daß die Kollegen hier kein Geld brauchen, sie könnten noch das Volksfest (sogenannter Michaelismarkt) in Wertheim zwei Tage besuchen. Diese Mitteilung ist jedoch nicht richtig, da nur wenige Kollegen mit ihrer Familie und zwar nur einen halben Tag dort waren. Die Forderung auf Härtezuschlag lehnten die Unternehmer beinahe ganz ab, bis auf einige Prozent, auch vor dem Schlichtungsausschuß Mosbach ist keine Einigung erzielt worden, indem der Schiedsspruch von Aschaffenburg abgewartet werden sollte; jetzt sind wir so weit wie zuvor. Aus dieser Aussperrung werden die Kollegen eine Lehre ziehen und das gleiche Entgegenkommen zeigen, wie uns die Arbeitgeber gezeigt haben.

**Kappelrodeck.** Am 13. November tagte unsere Mitgliederversammlung im Verbandslokal zum Rebstock. Auf der Tagesordnung standen Lohnerhöhung, Quartalsabrechnung, Verschiedenes. Ueber die letzte Lohnerhöhung beklagten sich verschiedene Kollegen, daß sie zum Teil den zustehenden Lohnzuschlag nicht voll ausbezahlt erhielten. Diese Angelegenheit zu regeln, wurde nun dem Vorstand überlassen. Auf Veranlassung der stets zunehmenden Teuerung sämtlicher Lebenshaltungskosten wurde sofort wieder eine 100prozentige Teuerungszulage beantragt und zur Unterhandlung eine Kommission gewährt, die aus fünf Mitgliedern besteht. Dann gab Kassierer Tremml die Abrechnung vom 3. Quartal bekannt, sie wurde für richtig und gut befunden, und ihm Entlastung erteilt. Nun wurde die sonst so gut verlaufene Versammlung mit dem Dank, hauptsächlich an die von auswärts erschienenen Kollegen, geschlossen.

# Wirtschaftliche und soziale Wochenschau.

Das öffentliche Leben Deutschlands steht im Zeichen des Aufmarschs der großen wirtschaftlichen Interessentengruppen zur Entscheidung über die Maßnahmen, die zur Balancierung des Reichshalts und zur Abtragung der Reparationslasten getroffen werden sollen. Die weitgehenden Forderungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, die auf die Ueberführung der Reichsbetriebe, insbesondere der Reichseisenbahnen, in privatwirtschaftliche Hände hinzielten, sind von den freien Gewerkschaften mit der Veröffentlichung eines Mindestprogramms beantwortet worden, das jenen Tendenzen ganz bewußt an erster Stelle die Erfassung der Sachwerte durch eine Beteiligung des Reichs an den Erwerbsgesellschaften und die Sozialisierung des Kohlenbergbaues entgegengesetzt. Die weiteren gewerkschaftlichen Forderungen erstrecken sich in der Hauptsache auf schnellere Beitreibung aller fälligen Steuern und auf weitgehende Erfassung aller Valuta- und Spekulationsgewinne. Außerdem wird eine Neuorganisation der Reichseisenbahn gefordert. In letzterer Richtung haben zwischen dem Reichsverkehrsministerium und den Großorganisationen des Eisenbahnpersonals bereits Besprechungen stattgefunden, die zu einer vollen Einigung führten. Am Reichsbesitz der Eisenbahnen soll unbedingt festgehalten und eine Neuorganisation durch gemeinsame Beratungen der Verwaltung und des Personals in die Wege geleitet werden. Die nächsten Wochen müssen also die Entscheidung über die künftige Wirtschafts- und Steuerpolitik Deutschlands bringen. Damit ist aber auch die Aussicht auf ernste politische und soziale Auseinandersetzungen in der nächsten Zeit gegeben. Daß die Interessengegensätze gerade in einem Moment aufeinanderprallen, wo sprunghafte Steigerungen der Lebensmittelpreise die ohnehin auf ein Mindestmaß reduzierte Lebenshaltung der Arbeitnehmer aufs ernsteste gefährden, erschwert bei den kommenden Verhandlungen zweifellos die Stellung der mit der Wahrnnehmung der Arbeitnehmerinteressen beauftragten Organisationen. Wilde Streiks und Hungerrevolten schwächen die wirtschaftliche und politische Stoßkraft der Arbeiterparteien und Gewerkschaften. Nur straffe Disziplin und enger Zusammenschluß verbürgen den Erfolg. Das Großkapital strebt nicht umsonst gerade in dieser Zeit nach enger Vertrustung, nach vertikaler und horizontaler Organisation. Bezeichnend für diese Tendenzen sind die Vorschläge, die von der Verwaltung der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft den Aktionären unterbreitet werden. Das Aktienkapital, das im vergangenen Geschäftsjahr von 200 auf 850 Mill. Mark erhöht wurde, soll jetzt durch eine neue Emission von 250 Mill. Mark Aktien auf 1100 Mill. Mark heraufgesetzt werden. Diese neueste Kapitalerhöhung soll in der Hauptsache wohl der Angliederung weiterer Unternehmungen dienen. Bekanntlich hat die AEG. erst vor kurzem die Mix u. Genest A.-G. in ihren Konzern aufgenommen. Gegen diese Milliarden-Trusts gilt es die Kraft des Arbeitnehmertums in fest gefügte Organisationen zusammenzufassen.

**Kosten des Nahrungsmittelaufwandes.** Die schon seit Wochen im Großhandel beobachtete sprunghafte Steigerung der Preise prägt sich nunmehr auch im Kleinhandel deutlich aus. Die von R. Calwer auf Grund der Berichte von rund 200 deutschen Plätzen berechnete Inderziffer, die den Nahrungsmittelaufwand einer vierköpfigen Familie, Eltern und zwei Kinder, pro Woche in Mark angibt, zeigt in den Monaten Mai bis Oktober folgende Bewegung:

| | | | |
|---|---|---|---|
| Mai | 353.14 | August | 395.96 |
| Juni | 351.55 | September | 399.59 |
| Juli | 359.04 | Oktober | 418.42 |

Im Oktober 1920 berechnete sich die Inderziffer auf 332.20 Mark und im Juli 1914 auf 24.73 Mark. Mithin ist seit der Vorkriegszeit eine Steigerung der Kosten des Nahrungsmittelaufwandes auf das Siebzehnfache eingetreten. Im Berichtsmonat entfällt der größte Anteil der Steigerung auf die Preise für Kartoffeln, Hülsenfrüchte, Fette und Fleisch.

# Rundschau.

**Aus unserem Beruf und Industrie.** Ueber die Lage des Arbeitsmarkts ist infolge des Valutastandes besonders Ungünstiges aus der Steinindustrie für Oktober und bis Mitte November nicht zu berichten. Die Marmorindustrie hat eine außerordentliche Belebung erfahren; die Nachfrage nach inländischen Marmorsorten hat bedeutend zugenommen. Die vorliegenden Aufträge, besonders in Waschtoiletten, können kaum befriedigt werden; alles ist Export! Dabei kann beobachtet werden, daß trotz der Kontingentierung der Einfuhr von Carrara-Rohmarmor bedeutende Mengen, die weit über das Kontingent hinausgehen, augenblicklich in Deutschland zur Verarbeitung kommen. Wie diese Mengen hereingelangen, ist gerade kein Geheimnis, wundern muß man sich nur, daß es gelitten wird. Aber Schieben, Schachern auf illegalem Wege, diktiert von der Sucht des Geldverdienens und der Angst, nicht mitzukommen im Existenzkampf, ist zur zweiten Natur in Deutschland geworden, warum sollten nun die Marmorwarenfabrikanten eine Ausnahme machen? — In der Granitindustrie hat ebenfalls eine Belebung eingesetzt, natürlich auch Auslandsaufträge. Für das Inland wird wenig produziert, Bauaufträge fehlen fast gänzlich. Die Zukunftsaussichten sind deshalb ungünstig. In der Pflasterstein- und Schotterindustrie macht sich der Waggonmangel bemerkbar. Die Beschäftigung ist nicht ungünstig, man harrt aber trotzdem der großen Aufträge, die mit den Reparationsleistungen verbunden sind. Ein Waggon mit allen möglichen Hartgesteins-Proben in den verschiedensten Größen, hat vor etwa zwei Wochen die Westgrenze passiert. Die Muster unterliegen nun der Prüfung der jenseitigen Sachverständigen im Straßenbau usw. Wenn diese auch so kleinlich sind, wie wir es bisher bei andern Sachen erlebt haben, dann wird der Waggon mit den Mustersteinen noch oft rüber und nüber rollen, ehe die Entscheidung fällt. — Die Sandsteinindustrie vegetiert im großen ganzen; es will nichts besagen, wenn in diesem oder jenem Bruch ein paar Bauaufträge fürs Ausland hereinschneien. Im Inland wird für Bauten recht wenig Naturstein verlangt. In den meisten Sandsteinbrüchen sind die Bänke und Bruchwände mit Moos bedeckt. Durch die Steinhauerbuden pfeift der Novemberwind, der hier und dort manche dieser vorsintflutlichen Grotten über den Haufen geworfen hat, denn es fehlen die Gesellen, die durch allerhand Kunstgriffe und Finessen die Buden vor dem gänzlichen Verfall immer wieder geschützt haben. — In der Schieferbearbeitung, Serpentin- und Lithographiesteinbearbeitung ist der Geschäftsgang nicht schlecht. Alles geht ins Ausland! Ein Ausverkauf unseres deutschen Gesteinsvorkommens braucht nicht zu schrecken, denn einmal ist dafür in Deutschland selbst kein Verlangen und dann sind unsere Gesteinsbodenschätze unerschöpflich. — Widerspruch hiergegen finden wir nur hin und wieder bei Naturfreunden, die eine unwiderstehliche Abneigung haben gegen jede Bruchanlage. Sie wollen nur die Berge und Hügel mit den Augen umspannen oder auch darauf herumklettern und möchten in ihrem, nach unserer Auffassung natürlich, überspannten Naturgenießen an jedem Hügel, an jedem Felsen ein Plakat hängen haben mit der Aufschrift: „Um die ästhetische Naturbetrachtung nicht zu schädigen, dürfen hier keine Steine gebrochen werden!" Es ist nur gut, daß diese Naturgenießer keinen Einfluß haben, sonst stände es mit dem Arbeitsmarkt in der Steinbruchsindustrie ungünstiger wie augenblicklich.

Neues Basaltwerk in der Rhön. Die vor einigen Wochen mit dem Sitze in Fulda ins Leben gerufene Firma „Rhönhartbasaltwerk Billstein G. m. b. H." will den Basaltkegel „Billstein" in der Vorderrhön mit seinem vorzüglichen Basaltvorkommen abbauen. Die Firma plant ein mit allen modernen Transportanlagen versehenes Schotterwerk zu errichten. Der Bau des Anschlußgleises geht seiner Vollendung entgegen und wird bereits mit der Errichtung der Drahtseilbahn begonnen. Die Schotteranlage soll am Bahnhof Seiferts bei Hilders errichtet werden. Man beabsichtigt einige hundert Arbeiter mit der Pflasterstein- und Schotterherstellung zu beschäftigen.

**Zur Versorgung der Kriegsopfer und das Reichsarbeitsministerium** wird uns von einem Kenner der Materie geschrieben: Das Reichsarbeitsministerium veröffentlicht in der Presse eine Notiz, die eine Richtigstellung angeblich unrichtiger Mitteilungen über die Aufwendungen des Reiches für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene darstellen soll. Das Reichsarbeitsministerium teilt in dieser Notiz mit, daß im Rechnungsjahr 1921 8 Milliarden Mark für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene verwendet werden.

Die Darstellung des Reichsarbeitsministeriums ist geeignet, die Oeffentlichkeit irre zu führen über die Versorgung der Kriegsopfer. Zunächst sei festgestellt, daß in dem Milliarden-Etat des deutschen Reiches die 8 Milliarden Mark keine große Rolle spielen. Bei Betrachtung der Frage der Versorgung der Kriegsopfer darf aber nicht diese Gesamtsumme betrachtet werden, sondern es muß die Wirkung des Versorgungsgesetzes auf die einzelnen Kriegsopfer dargelegt werden. Eine Betrachtung der Frage von dieser Seite ergibt aber ein geradezu trostloses Bild der Versorgung der Kriegsopfer. Das Material, das der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener, Sitz Berlin, Gr. Frankfurter Straße 53, I., durch eine Umfrage gesammelt hat, und das demnächst den Reichstagsabgeordneten unterbreitet werden soll, wird vorstehendes bestätigen. Zunächst leiden die Kriegsopfer darunter, daß das Reichsversorgungsgesetz, das bereits am 1. April 1920 in Kraft getreten und dessen Ausführungsbestimmungen am 1. Dezember 1920 erlassen worden sind, heute zum größten Teil noch nicht durchgeführt ist, und daß die Kriegsopfer zum größten Teil auf die ihnen gesetzlich zustehenden Bezüge heute noch warten. So sind im Bereiche des Hauptversorgungsamtes Stuttgart von 46 000 Renten erst 9699 erledigt. Noch zu erledigen sind nicht weniger als 36 301 Renten, darunter rund 10 000 Fälle von Schwerbeschädigten. Dabei soll es mit den Arbeiten der Umanerkennung im Bereiche anderer Hauptversorgungsämter noch schlechter bestellt sein. Um ein tatsächliches Bild von der Versorgung der Kriegsopfer zu geben, einige Zahlen. So erhält ein Kriegsbeschädigter bei Minderung der Erwerbsfähigkeit um 50 Prozent (ohne Ausgleichszulage) mit 4 Kindern, also zur Ernährung einer sechsköpfigen Familie, 287.25 Mark pro Monat. Bei 90 Prozent Minderung der Erwerbsfähigkeit 619 Mark pro Monat. Bei solchen Kriegsbeschädigten, die die einfache Ausgleichszulage bekommen, beträgt die Summe 359.10 Mark resp. 773.55 Mark, bei erhöhter Ausgleichszulage 430.65 Mark resp. 928.15 Mark. Nun muß bei diesen Rentensätzen berücksichtigt werden, daß es sich um Rentenempfänger handelt, die in Ortsklasse A wohnen. In der Ortsklasse E tritt eine außerordentliche Verminderung dieser Summen ein. Die Versorgung der Kriegerwitwen ergibt ein noch viel schlechteres Bild. Eine Kriegerwitwe erhält in Ortklasse A (ohne Ausgleichszulage) erwerbsfähig anerkannt 150.55 Mark, erwerbsunfähig anerkannt 250.80 Mark. Unter Hinzurechnung der einfachen Ausgleichszulage betragen diese Summen 188 resp. 313.55 Mark, und steigen bei erhöhter Ausgleichszulage auf 225.80 resp. 376 Mark. In Ortsklasse E erniedrigen sich diese Beträge bedeutend. Die neuerdings bewilligten Zulagen bringen keine erhebliche Erhöhung der Bezüge, die Veranlassung sein könnten von einer guten Versorgung der Kriegsopfer zu sprechen. Es braucht wohl nicht näher dargelegt zu werden, daß bei den heutigen teuren Lebensverhältnissen es einfach in den meisten Fällen eine Unmöglichkeit bedeutet, mit obigen Bezügen das Leben fristen zu können. Die Forderung einer Erhöhung der baren Bezüge ist für die Kriegsopfer eine Lebensnotwendigkeit.

Das Reichsarbeitsministerium würde vernünftiger handeln, die Oeffentlichkeit durch die Darlegung der tatsächlichen Verhältnisse aufzuklären, als durch solche irreführende Notizen der Oeffentlichkeit ein falsches Bild von der Lage der Kriegsopfer zu geben.

**Gewerkschaftliches.** Zur Verhinderung des Ausverkaufs in den Grenzgebieten an der badisch-schweizerischen Grenze, der westlichen Reichsgrenze und der deutsch-dänischen Reichsgrenze hatte der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sich am 17. Oktober d. Js. mit einer Eingabe an den Reichskanzler gewendet. In Beantwortung dieser Eingabe hat jetzt der Reichswirtschaftsminister dem Bundesvorstand mitgeteilt, daß von den zuständigen Reichsbehörden folgende Maßnahmen getroffen wurden: Die Landesfinanzämter sind angewiesen worden, die von ihnen für den kleinen Grenzverkehr gewährten Ausfuhrerleichterungen einer sofortigen Nachprüfung zu unterziehen und ihre Zurückziehung vorzunehmen, soweit die veränderte Wirtschaftslage es erfordert. Ferner ist die Ausfuhrfreiheit einer Reihe von Waren, für welche die Gefahr des Ausverkaufs besteht, für den kleinen Grenzverkehr durch Zurückziehung von Ermächtigungen des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung und durch von mir erlassene Ausfuhrverbote aufgehoben worden. Weiterhin ist die Zurückziehung der den Ladengeschäften einiger Grenzstädte zur Benutzung im kleinen Grenzverkehr erteilten Sammelausfuhrbewilligungen — soweit zur Behebung der Mißstände notwendig — angeordnet oder empfohlen worden. Schließlich habe ich zur Verhinderung der Entblößung der Ladengeschäfte von Gegenständen des täglichen Bedarfs durch reisende Ausländer im Interesse der Versorgung der inländischen Bevölkerung ein Verbot der Ausfuhr von Gegenständen des täglichen Bedarfs im Reiseverkehr erlassen. Zur Durchführung der vorgenannten Anordnungen ist vom Herrn Reichsminister der Finanzen für sofortige Verstärkung der Grenzüberwachung Sorge getragen worden. Bezüglich der deutsch-dänischen Grenze ist im besonderen zu bemerken, daß neben den vorgenannten Maßnahmen vom Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung eine seinerzeit seinem Flensburger Beauftragten mit Rücksicht auf die teilweise bedrängte Lage der Deutschen in dem an Dänemark gefallenen Teil Schleswigs befindlichen Deutschen erteilte Ermächtigung, Ausfuhrbewilligungen auch für Lebensmittel, soweit sie nicht zentralisiert sind, zu erteilen, zurückgezogen worden ist, zu prüfen, ob nicht eine Einschränkung des Grenzbezirks, in welchem die für den Grenzverkehr gewährten Ausfuhrerleichterungen Geltung haben, angezeigt sei.

Zur Aenderung des Einkommensteuer-Gesetzes hat der Zentralverband der Angestellten an das Reichsfinanzministerium, an den Steuerausschuß des Reichstages sowie an verschiedene in Betracht kommende Minister eine Eingabe gerichtet, die sich mit der Aenderung des Einkommensteuer-Gesetzes befaßt. Die fortschreitende Entwertung des Geldes macht eine sofortige Aenderung des jetzt gültigen Einkommensteuer-Gesetzes vom 24. März 1921 erforderlich.

## Bitte beachten!

**Mit der ersten Woche 1922 tritt die neue Beitragsregulierung in Kraft. Es ist deshalb dringend notwendig, daß die Mitglieder bis zum Jahresschluß mit der Beitragsleistung auf dem Laufenden sind; denn nach dem 1. Januar 1922 dürfte es um so schwerer fallen, rückständige Beiträge mit auszugleichen.**

**Es sei besonders darauf aufmerksam gemacht, daß das Jahr 1921 mit 53 vollen Wochen abschließt und demzufolge auch 53 Wochenbeiträge geklebt werden müssen. Am Sonnabend, dem 26. November ist die 48. Woche zu kleben.**

**Auf Grund verschiedener Vorkommnisse ersuchen wir die Zahlstellenverwaltungen, veranlassen zu wollen, daß überall dort, wo die Verbandsgelder nicht bei Banken, Sparkassen usw. diebessicher angelegt werden können, diese in kürzeren Zeiträumen an die Hauptkasse abgeführt werden.**

**Auch die Revisoren werden ersucht, öfters und gewissenhaft ihres Amtes zu walten.**

## Quittung

über eingegangene Gelder vom 22. Oktober bis 12. November 1921.

Wünschelburg 1549.30, Wellerode 765.50, Roth v. d. Rh. 962.—, Neustettin 460.—, Mosheim 1735.—, Letmathe 1000.—, Krickenbach 272.90, Hasenthal 661.60, Fürstenstein 5081.40, Dornap 2779.10, Genthin 52.50, Forst 90.—, Villmar 0.30, Königsbrück Jnf. 8.—, Berlin (Pflaster- und Schotterindustrie) 130.—, Adelebsen 3292.34, Dietenhan 200.—, Höpfingen 22.—, Königswalde 527.60, Lollar 537.85, Waren 258.—, Mülheim 500.—, Waldshut Jnf. 30.—, Braunschweig Jnf. 14.—, Neustadt a. A. 132.—, Moosach 19.—, Neuwied 1.—, Bösingfeld 25.—, Neukölln 45.50, Bremen Jnf. 44.—, Unsen 1021.—, Treuchtlingen 2268.70, Schirgiswalde 282.50, Girlachsdorf 827.10, Bamberg 143.40, Alsleben 1865.70, Gr.-Lehna 17.50, Beucha 295.90, Landstuhl 50.—, Neubrandenburg 33.—, Bad Lausick 28.—, Wilhelmshaven 28.—, Bodenwöhr 20.—, Malchin 65.—, Althausen 29.—, Anspach 5.50, Lichtenfels 105.—, Eschershausen 2000.—, Floß 3884.40, Friedenfels 1890,60, Kleinrinderfeld 3879.60, Linz a. Rh. 800.70, Mayen 35.10, Marktbreit 748.20, Trossenfurt 700.—, Hamm 105.—, Winzig 48.—, Treptow 24.—, Rottwerndorf Jnf. 24.—, Löbejün Jnf. 12.—, Asbach 50.—, Rodenbach 472.—, Lütschenbach 2053.70, Kirchheim 3717.40, Hohburg 4661.20, Gemünden, Westerw., 831.50, Frohburg 717.20, Dürkheim 639.—, Arnsdorf 3293.80. Grimma 4673.35, Neustettin 63.50, Obermendig 124.—, Rammelsbach 7663.60, Zöblitz 4640.—, Ratibor Jnf. 28.—, Kranzegg 105.—, Stettin Jnf. 90.—, Halle Jnf. 50.—, Ziegelanger 1406.80, Worms 173.60, Sparneck 556.30, Reinheim 1328.—, Mülheim 540.75, Langenaubach 1354.—, Fehl-Ritzhausen 1819.70, Alpenrod 4570.90, Dornreichenbach 841.05, Schupbach 4.—, Triebendorf 400.—, Trier 225.—, Osterholz 2243.40, Gruiten 5982.50, Greiffenberg 300.—, Gommern 8171.70, Eschershausen 1185.30, Derdingen 345.60, Chemnitz 2928.25, Bobengrün 435.70, Torgau 27.—, Tettnaug 22.50, Iserlohn 24.50, Bochum 560.—, Köln 1000.—, Essen 484.—, Londorf 2001.30, Minden 219.60, Ober-Bessingen 276.60, Pilgramsreuth 1158.51, Roth, Dillkr. 3489.60, Sinzig 700.—, Stuttgart 792.75, Theuma 769.20, Teuschnitz 148.50, Wüstegiersdorf 462.45, Wildschütz 836.—, Hildesheim Jnf. 20.—, Uelzen Jnf. 9.—, Frankfurt a. M. Jnf. 12.—, Stadtilm 21.—, Löffingen 17.50, Ansbach 50.—, Eningen 35.—, Perleberg 30.—, Münsterberg 46.50, Bad Lausick 27.—, Wiesensteig 26.—, Freiburg, Bad. 1.—, Gifhorn 45.—, Fallersleben 36.—, Züllichau 70.—, Roth, Dillkr. 7.—, Ostritz 270.70, Greiffenberg 508.12, Eiterhagen 2337.55, Dietenhau 318.10, Leipzig 1200.—, Uddevalla Jnf. 30.—, Hamm 5.—, Jerichow 12.—, Hall 21.—, Werrics 45.50, Osnabrück Jnf. 24.—, Essen Jnf. 36.—, Aurich 385.20, Fechenbach 3612.20, Grünberg 306.30, Obereschenbach 1481.80, Bonn 117.—, Coblenz 681.40, Dossenheim 915.—, Maulbronn 874.30, Stockach 180.—, Pausa 35.—, Dürnhausen 45.50, Moosach 52.—, Saulgau 30.—, Riedlingen 108.—, Berlin (Pfl. u. Sch.-J.) 213.—, Bautzen 3755.—, Flechtingen 627.50, Hofermühle 35.70. Kembach 344.40, Neanderthal 1524,15, Regensburg 400.—, Sinzig 129.80, Wahnitz 108.—, Unterescheubach (Kohlhepp) 2.80, Bobenhausen 430.—, Villingen Jnf. 54.—, Burg Jnf. 48.—, Roßdorf 1464.30, Tangermünde 21.—, Nonnenbach 14.—, Reichenbach i. Vgtl. 62.—, Leutkirch 16.50, Pölzig 200.—, Waiblingen 40.— Aschersleben 17.50, Mittweida 3176.10, Allendorf 50.— (für Oppau), Osterholz 13.—, Beuthen 581.80, Ruhland Jnf. 20.—, Lenzkirch 14.—, Triebel 36.—, Triebel 30.—, Ueberlingen 1.60, Moosach 13.50, Langelsheim Jnf. 42.—, Plauen 1000.—.

**Denkmalsfonds für A. Staudinger:** Bereits quittiert **9384.80 M.** Asbach 50.—, Wildemann 50.—. Summa: **9484.80 Mark.**

Ludwig Geist, Kassierer.

## Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Es stehen noch ein großer Teil von Mitgliederlisten von den Zahlstellen aus. Die Ortsverwaltungen werden dringend ersucht, die Listen einzusenden, sie geben die Grundlage bei evtl. Nachprüfungen zur Kartothek in Sachen der Erwerbslosenunterstützung.

*

Bei allen Anträgen an den Verbandsvorstand (Rechtsschutz, Maßregelungsunterstützung, Notstandsunterstützung usw.) muß stets das Mitgliedsbuch mitgesandt werden. Die Anträge haben auch nur dann Aussicht behandelt zu werden, wenn sie durch den Zahlstellenvorstand begründet und unterschriftlich bestätigt werden (mindestens vom Vorsitzenden und Kassierer). Die Nichtbeachtung des Vorstehenden bringt Verzögerung und unnütze Portoausgaben.

## Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

**Ruhmannsfelden.** Das Mitgliedsbuch Nr. 51 798 auf den Namen Johann Rader, geb. 28. Februar 1892 zu Fürstenstein, ist abhanden gekommen. Vor Mißbrauch wird gewarnt.

**Rammelsbach.** Für die Verunglückten in Oppau kommen noch folgende gesammelte Beträge in Betracht: Kollegen bei der Firma Bus, Rammelsbach 150 M., Kollegen bei der Firma Bolkenius, Pfeffelbach 100 M., Kollegen bei der Firma Decker, Thallichtenberg 235.50 M., zusammen 485.50 M.; bereits quittiert 11 034.90 M.; zusammen 11 520.40 M.

In der Quittung in derselben Sache in Nr. 45 ist richtigzustellen, daß die Kollegen der Firma Göttel u. Sick nicht 965.35, sondern **565.35 M.** gesammelt haben. Die Endsumme in der betreffenden Quittung stimmt. J. A.: Gras, Bezirksleiter.

## Adressenänderungen.

**2. Gau.**

**Wünschelburg.** Vors.: Josef Beck, Roßplatz 118.

**5. Gau.**

**Aachen.** Vors.: Christian Wieser, Sebastian-Str. 25. Kass.: Ludwig Kausch, Bachstraße 28.

**6. Gau.**

**Krickenbach.** Kass.: H. Ecker.

**7. Gau.**

**Fürsteneck.** Vors.: Georg Schreiner, Asenbaum, Post Fürsteneck.

## Briefkasten.

**O. Gdsbg.** Artikel ist überholt und hat sich erledigt durch unseren über die Urabstimmung. Der von dir vertretene Grundsatz ist richtig und wird wohl in gar nicht allzu langer Zeit beachtet werden müssen!

**H. Br. W.** In solchen Fällen, wo die Vereinbarung nicht schriftlich festgelegt wurde und auch sonst keine Zeugen vorhanden sind, ist zu raten, einen Vergleich mit dem Betreffenden anzutreten. Eine Klage hat wenig Aussicht. Solche Sachen müssen immer schriftlich oder in Gegenwart von Zeugen gemacht werden; zumal der Techniker auch nur Mittelsperson war und die Erfüllung seiner Zusage von dem direkten Auftraggeber abhängig macht.

**G. K., Tiefenfurt.** Wenn der Beitrag von 3.50 M. der statutarische ist, und nicht durch örtliche Zuschläge auf diese Höhe kommt, bisher keine Unterstützung bezogen wurde, mindestens 52 Wochenbeiträge geleistet sind und über die zwei Jahre hinausgehende Leistung unter 156 Wochenbeiträgen steht, dann kann bezogen werden: Pro Tag 2.50 M., pro Woche 15 M., 6 Wochen = 90 M. insgesamt.

## Neue Bücher, Zeitschriften usw.

**Die Neue Zeit** erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 19.50 Mark das Vierteljahr zu beziehen; kann jedoch bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 1.50 M. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

**Religion, Kunst, Jugend.** Werbeblatt Nr. 3 des Bundes: Religion des Sozialismus. Unentgeltlich und portofrei zu beziehen vom „Bunde: Religion des Sozialismus", Rostock, Schillerstraße 27.


## Anzeigen

**Jeder kann Schriftzeichnen nach meiner Methode!**
Für Anfänger Schriftzeichnen auf Millimeterpapiere!
**Franz Siegler, Bildhauer und Schriftzeichnerei**
**Gießen (Hessen).**

**STEINMETZWERKZEUGE**
**neu, sowie Umarbeiten von gebrauchtem Werkzeug führt aus**
**G. Hoffmann, Dresden 21, Schandauer Straße 75.**

**Einen jüngeren Werkzeugschmied stellt sofort ein**
**Granitwerk Coburg.**

**Tücht. Hand- und Maschinenpoliseure**
für Marmor stellt sofort ein
**W. Quensell, Essen, Schlenhofstraße 47 a.**

***Zwei tüchtige Steinmetzen***
*sucht für Grabsteingeschäft. Stundenlohn 9.40 Mark*
***Gottl. Meyer, Herford.***

**Granit- und Marmorschleifer**
für dauernde Beschäftigung per sofort gesucht.
**Marmorwerk Niedersachsen, Osnabrück, Laischaftstraße 17.**

**Suchen sofort tüchtigen Maschinenschleifer für Marmor.**
**Stundenlohn mindestens 12.50 Mark.**
**Straßburger & Frister, Marmorgeschäft, Hamburg 26,**
**Hammerlandstraße 122.**

*Wir suchen für unseren Marmorbetrieb mehrere erstklass.*
***Hand- und Maschinenschleifer***
***sowie einen perfekten Säger***
*Stein- u. Marmorwerk G. m. b. H., Essen, Töpferstr. 104.*

**Tüchtige Steinmetzen**
für sofort und dauernde Beschäftigung gesucht.
**Vereinigte Porphyrbrüche auf dem Rochlitzer Berge, G. m. b. H., Rochlitz i. Sa.**

Suchen sofort **mehrere tüchtige Granitsteinmetzen** auf Bau- u. Denkmalarbeit, **mehrere tücht Granitpflastersteinhauer, 1 Werkzeugschmied** für Dauerstellung bei gutem Lohn.
**Schwarzwald-Granit- und Sandsteinwerke Tiefenstein E. Humbert Tiefenstein (Schwarzwald).**


## Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.)

In **Köln** am 27. Oktober der Sandsteinmetz **Johann Franzen,** 64 Jahre alt, Influenza.

In **Königsbrück** am 7. November der Hilfsarbeiter **Paul Gottwald,** 54 Jahre alt, Nierentrankheit.

In **Kronach** am 8. November der Sandsteinmetz **Gottfried Beetz,** 42 Jahre alt, Lungentuberkulose.

In **Gummersbach** am 8. November der Hilfsarbeiter **Richard Nonnenberger,** 39 Jahre alt, Herzschlag.

In **Dessau** am 12. November der Steinmetz **Gustav Kelle,** 34 Jahre alt, Lungentuberkulose.

In **Fürstenstein** am 14 November der Pflastersteinmacher **Paul Seidl,** 65 Jahre alt, Gelbsucht.

Ehre ihrem Andenken!


Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold. Verlag von Ernst Winckler, beide in Leipzig.
Gedruckt in der „Freien Presse", Leipzig.